

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 207 · 18. JAHRGANG · AUSGABE 4/2012 VOM 3. APRIL 2012 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Stdt Eberswalde verliert bis zu 300.000 Euro**
Folgen der Walzwerk-Pleite

7 | **Braucht Eberswalde ein freies Kulturzentrum?**
FreiRaum Eröffnung im Mai

12 | **Wahnsinn mit Methode**
Finanzcrash und Weltwirtschaft

Erster Mai 2012 fällt nicht aus

Die Eberswalder LINKE lädt gemeinsam mit dem Arbeitslosenverband am Nachmittag des 1. Mai, ab 15 Uhr, unter dem Motto »Wir brauchen Arbeit, von der man leben kann« zu einer alternativen Maifeier in den Glasvorbau des Wunderlichhauses ein.

Eberswalde (bbp). Die LINKEN ergriffen kurzfristig die Initiative, nachdem der DGB Ostbrandenburg seine traditionelle Mai-Kundgebung in Eberswalde in diesem Jahr abgesagt hatte.

Auf den Rückzug des Gewerkschaftsdachverbandes hatten in Eberswalde zahlreiche Aktive mit starkem Befremden registriert. In Finow fliegen die 250 Walzwerk-Beschäftigten auf die Straße, so einer der Kommentare, und die Gewerkschaften ziehen sich zurück. Auch für den initiativreichen Kampf der Krankenhausmitarbeiterinnen und -mitarbeiter für bessere Arbeitsbedingungen und angemessene Bezahlung wäre die Rückenstärkung durch einen kämpferischen DGB gut.

Wie schon Anfang der 90er Jahre die PDS, springt nun DIE LINKE in die Bresche, um die Fahne am 1. Mai, dem »Kampf- und Feiertag der Werktätigen« hochzuhalten. Der Stadtvorsitzende Torsten Duckert erklärte auf der Mitgliederversammlung des Stadtverbandes am 30. März, daß Mitstreiter mit offenen Armen empfangen würden.

Angesichts der Kurzfristigkeit sei viel Kreativität erforderlich, um die Maifeier zum Erfolg werden zu lassen. Der Nachmittagstermin sei auch gewählt worden, damit Gewerkschafter, aber auch die eigene Parteiprominenz, die vormittags die DGB-Demo in Bernau besuchen, an der Maifeier in Eberswalde teilnehmen können. Zugleich schwingt die Hoffnung mit, daß am Nachmittag niemand mehr durch eventuelle Nachwirkungen der vorabendlichen MOZ-Sauftour von einer Teilnahme abgehalten wird.

Neben politischen Diskussionen zum Thema »Arbeit, von der man leben kann« und vielleicht einem »Offenen Mikrofon« wird auch ein kulturelles Rahmenprogramm vorbereitet, teilte Duckerts Stellvertreterin Karin Wagner mit. Interesse an einer Maifeier in Eberswalde haben bislang bereits die DKP-Gruppe Oberbarnim/Eberswalde, die Barnimer Mitglieder der Gruppe »Arbeitermacht«, die Eberswalder Montagsdemo und andere bekundet.

Ein schwarzer Tag in Finow



Mit einer bewegenden Trauerfeier nahmen die Beschäftigten Abschied vom Walzwerk Finow. Vor sechs Jahren hatte der einstige Treuhandmitarbeiter Patrick von Hertzberg das Unternehmen erworben. Gut drei Jahre später war der Betrieb das erstmal pleite. Mitarbeiter wurden entlassen, der Rest verzichtete auf Teile des Lohns, Gläubiger auf ihre Forderungen, das Land half mit einer Bürgschaft. Die Kontrolle blieb für zwei weitere Jahre bei Hertzberg. Zwei weitere Jahre, in denen die Restwerte in andere Unternehmen des unübersichtlichen Firmengeflechts des »Finow Stahl«-Konzerns verschoben werden konnten. Nun geht nichts mehr. Wahrscheinlich »mangels Masse« nichtmal mehr ein reguläres Insolvenzverfahren.

Die Fratze

Eines haben die Initiatoren für eine Amadeu-Antonio-Straße in Eberswalde erreicht. Sie machten offen ersichtlich, wie sehr die allenthalben verkündete gutmenschlich-bildungsbürgerliche Toleranz und die sogenannte »Fremdenfreundlichkeit« nur Sonntagsrede und bröckelige Fassade sind.

Allerlei Bedenken und Alternativvorschläge werden erfunden, darunter solch makabere, wie die Benennung eines abgelegenen Parkplatzes nach dem Ermordeten.

Die Hauptstraße soll deutsch bleiben. Dem von Deutschen totgeschlagenen Schwarzafrikaner wird vielleicht eine kleine Nebenstraße zugeacht.

Gegenüber Nazis, wie dem Heimathistoriker Rudolf Schmidt und dem Mediziner Werner Forßmann, haben die Eberswalder Bildungsbürger weitaus geringere Toleranzschwellen. Die haben ja was für Eberswalde getan. Der Name der Kriegsgewinnler und -verbrecher Ardelts prangt wieder auf dem Kranbau-Firmenschild. Die bürgerliche Stiftung schreckt nicht davor zurück, nach dem KZ-Häftlingen ausgepreßten Blutgeld der Quandts zu gieren, um damit ihre »Demokratieprojekte« zu finanzieren und ihre Wichtigkeit zu beweisen.

Die Diskussionen um die Amadeu-Antonio-Straße legten die Fratze nur offen. Wenn jetzt irgendwelche Kompromisse zusammengehechelt werden, tut man wieder Tynche drauf.

Die Realität bleibt.

Die Initiatoren sollten ihren Vorschlag zurückziehen und auf den 100. Geburtstag Amadeu Antonios warten.

GERD MARKMANN

Das »Rote Finowtal« 2012 ohne Erste-Mai-Feier?

Seit 123 Jahren wird der Erste Mai in aller Welt als Kampftag der Arbeiter und Lohnabhängigen für ihre Rechte begangen. In Eberswalde wollen die Gewerkschaften die traditionelle Maifeier auf dem Marktplatz in diesem Jahr ausfallen lassen. Als Gründe benennen Gewerkschaftsvertreter die geringe Beteiligung an den Mai-Demonstration der vergangenen Jahre und die hohen, nicht mehr tragbaren Kosten. Künftig sollen die Erste-Mai-Feiern im Wechsel stattfinden. In diesem Jahr will der DGB die Maifeier in Bernau durchführen und erst 2013 wieder in Eberswalde.

Haben die Werkstätigen in Eberswalde nicht das gleiche Recht auf eine Maifeier, wie die Werkstätigen in Bernau? Wie wollen die Gewerkschaften ihrer Verantwortung gegenüber den Werkstätigen in Eberswalde nachkommen? Wirksame Maßnahmen und Aktionen gegen schlechte Arbeitsbedingungen und Billiglöhne sind nicht nur in Bernau, sondern auch in Eberswalde nötig.

UDO WOLFGRAMM

SPD Finow gegen Antonio-Amadeu-Straße

Am 27. März trafen sich die Mitglieder des SPD Ortsvereins Finow zu ihrer monatlichen Sitzung. Ein Tagesordnungspunkt war die Diskussion zur möglichen Straßenumbenennung der Eberswalder oder Lichterfelder Straße in Amadeu-Antonio-Straße.

Es fand eine lange und rege Diskussion statt. Im Ergebnis lehnten die anwesenden Mitglieder eine Umbenennung beider in Frage kommender Straßen einstimmig ab.

Unserer Meinung nach ist es ein Trugschluß, der durch Personen aus Bernau und Berlin angeführten Initiative, eine Straßenumbenennung hätte für die Zukunft eine vorbeugende Wirkung bei ähnlichen Straftaten.

Eberswalde ist mit oder ohne eine Amadeu-Antonio-Straße nicht fremdenfeindlicher als andere Städte in der Bundesrepublik. Es ist ein Irrglaube der Initiative, wenn sie denken, Eberswalde mache sich damit immun gegen Rassismus. Einige Mitglieder des SPD Ortsvereins Finow führten seit vorigem Jahr bei ver-

schiedenen Gelegenheiten Gespräche mit einer Vielzahl von Einwohnern der Stadt. Dabei zeichnete sich eine mehr als 90-prozentige Ablehnung zur Namensänderung ab.

Da sich in unmittelbarer Nähe zum Tatort einige städtische Grundstücke befinden, befürworten unsere Mitglieder einen würdigeren Gedenkort als den derzeitigen. Das kann ein Gedenkstein an geeigneter Stelle sein. Da es in der Stadtverordnetenversammlung schwer ist, eine unparteiliche und unideologische Entscheidung zu fällen, wünschen wir eine Beteiligung der Bürger in Form eines Bürgerentscheids für die Einwohner des Ortsteils Finow.

RINGO WRASE,

Vorsitzender SPD Ortsverein Finow

»Wir sind es wert!«

Warnstreiks am Eberswalder Werner-Forßmann-Krankenhaus

Eberswalde (verdi). Die Klinikum Barnim GmbH Werner Forßmann Krankenhaus als kommunales Unternehmen ist bereits seit 2000 nicht mehr Mitglied im kommunalen Arbeitgeberverband. Mit diesem Austritt wurde auch die Tarifbindung im Flächentarifvertrag des Öffentlichen Dienstes beendet. Seit 2004 gibt es dort für die Beschäftigten einen Haustarifvertrag. Zum 31.12.2011 wurde der Vergütungstarifvertrag durch ver.di gekündigt, um Verhandlungen zu Entgelterhöhungen aufzunehmen. Seit Dezember 2011 verhandelt ver.di nun mit der Geschäftsführung des Klinikums über einen neuen Vergütungstarifvertrag.

Die angebotene Lohnerhöhung von 5% (3% ab Januar 2012 und 2% für 2013) sind für die Beschäftigten völlig unakzeptabel. Das Klinikum steht finanziell sehr gut da, nur kommt das nicht bei den Beschäftigten an.

Am 21. und am 27. März gingen die Beschäftigten des Klinikums auf die Straße um ihren Ärger und ihrem Unmut »Luft zu machen«. Nicht nur, daß die Beschäftigten des Klinikums sehr viel weniger als die Beschäftigten in vergleichbaren Krankenhäusern des Landes Brandenburg verdienen, eine vergleichbare Entlohnung entsprechend des Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes (TVöD) liegt in weiter Ferne. Es gibt Unterschiede bis zu 25%. Unzumutbar im Klinikum ist auch die personelle Situation, machten die Streikenden deutlich.

Am 21. März beteiligten sich mehr als 300 Personen an dem Warnstreik von 6 bis 17 Uhr vor dem Werner-Forßmann-Krankenhaus. Lautstark mit Pfeifen und Tröten machten sie auf sich aufmerksam. Es wurden u. a. Plakate mit den Forderungen gestaltet und die »letzten« Hemden aufgehängt.

Trotz massiver Einschüchterungsversuche des Arbeitgebers im Vorfeld des Warnstreikta-



ges marschierten am 27. März gut 300 Mitarbeiter des Klinikums zum Sitz des Landrates. Der Barnimer Landrat ist Aufsichtsratsvorsitzender des Klinikverbundes GLG.

Auf dem Eberswalder Marktplatz machten die Demonstrierenden unter ohrenbetäubenden Lärm aus hunderten Trillerpfeifen auf sich aufmerksam und forderten den Landrat auf, sich ihren Problemen anzunehmen. Nach anfänglicher Verleugnung erklärte sich Landrat Ihrke bereit, ein Schreiben mit den Forderungen entgegen zu nehmen. Bettina Weitermann (Geschäftsführerin des ver.di Bezirkes Uckermark/Barnim und Verhandlungsführerin) und eine Abordnung von Kolleginnen und Kollegen und überreichte mit entsprechenden Worten ein vorbereitetes Schreiben. Bettina Weitermann forderte den Aufsichtsrat auf, sich selbst ein Urteil über die Zustände im Klinikum zu bilden.

Es ist beschämend, daß sich der Landkreis und auch die Stadt stets in der Öffentlichkeit mit den Erfolgen und Errungenschaften des Klinikverbundes GLG brüsten, die Mitarbeiter aber unter unmöglichen Bedingungen arbeiten und seit Jahren keine Lohnerhöhung mehr gesehen haben.

Eine Notfallversorgung war an beiden Warnstreiktage gesichert.

Walzwerk-Pleite:

Stadt verliert bis zu 300.000 Euro

Eberswalde (bbp). Die Walzwerkstraße, neue Zufahrt für das Walzwerkgelände in Finow, war ein letztes Freundschaftsgeschenk des 2006 abgewählten Bürgermeisters Reinhard Schulz an den Finower Unternehmer Patrick von Hertzberg. Wobei über Zuwendungen, die in dem Zusammenhang flossen, nichts bekannt ist.

Nachfolger Friedhelm Boginski nahm sich der Sache mit Eifer an. Anlässlich der Fertigstellung der Straße im September 2008 erklärte er der lokalen Tageszeitung: »Wir sind stolz auf dieses Ergebnis, da dieses Projekt aus unserer Liste der Wachstumsvorhaben stammt und von uns durchgeboxt wurde«. Bei solch wichtigem Projekt fehlte auch Landrat Bodo Ihrke nicht, der die Verdienste der kreislichen Wirtschaftsfördergesellschaft WITO lobte, die beispielhaft »für Gemeinden, der Stadt und den Kreis« tätig geworden sei (MOZ, 5.9.2008).

Die Walzwerkstraße erschließt das das Gewerbegebiet an der Angermünder Straße, das von der IIZ Industrie- und Innovationszentrum GmbH betrieben wird. Die IIZ gehört zu Hertzbergs Unternehmensgruppe. Erschließungsstraßen in Gewerbegebieten zu bauen, gehört eigentlich zu den Aufgaben der Betreiber. An bestimmte Fördermittel kommen aber nur Kommunen heran. Daher sprang die Stadt ein. Manche vermuteten damals Fördermittelbe-

trag hinter diesem Deal, andere sprachen von einer besonderen Form der Wirtschaftsförderung. Bei der ersten Vorstellung des Projektes im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt, das war noch zu Schulz-Zeiten, meinte der damalige Baudezernent Dr. Gunther Prüger auf die Frage, warum sich die Stadt das antue, in seiner unnachahmlich knappen und direkten Art: »Weil es der Bürgermeister gesagt hat.«

Versprochen wurde damals, daß der etwa 50.000 Euro umfassende Eigenanteil der Stadt durch den Unternehmer getragen werde. Insgesamt waren rund anderthalb Millionen Euro veranschlagt, davon etwa 1,2 Millionen vom Land Brandenburg zur »Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur« und 32.000 Euro aus dem Programm »Beschäftigung schaffende Infrastrukturförderung« des Jobcenters Barnim. Etwa 250.000 Euro sollten die Anlieger tragen, im wesentlichen Unternehmen der Gruppe Hertzberg, wie das IIZ und das Walzwerk. Wie verlautete, sollen von diesen Forderungen große Teile nicht bezahlt sein. Auch von einer Erstattung der städtischen Eigenmittel durch die Hertzberg-Gruppe war nie etwas zu hören. Der vermutliche Verlust für die Stadt Eberswalde aus dem Deal zwischen Hertzberg und Schulz, in den später der jetzige Bürgermeister Boginski eintrat, beträgt somit bis zu 300.000 Euro.

Ungültige Sondersitzungen

Kreistagsverwaltung hat Ladungsfrist nicht eingehalten

Eberswalde (bbp). Am 18. April soll der Kreistag Barnim in einer Sondersitzung über den Erwerb des Holzkraftwerkes entscheiden. Die Ausschußmitglieder für Haushalt und Finanzen sind daher für den 2. April zur Sondersitzung eingeladen worden. Die Sitzung soll gemeinsam mit dem Kreisausschuß stattfinden.

Doch die Beschlüsse, die in dieser Sitzung möglicherweise gefaßt werden, dürften von vornherein ungültig sein. Albrecht Triller von der Fraktion Grüne/Bündnis für ein demokratisches Eberswalde beanstandete, daß die zehntägige Ladungsfrist nicht eingehalten wurde. Zwar trage die Einladung das Datum vom 19. März, erhalten habe er den Brief jedoch am 24. März. Laut Aufgabestempel wurde die Einladung auch erst am 24. März abgeschickt.

»Aus diesem Grunde fordere ich Sie auf, zu einem neuen Sitzungstermin fristgerecht einzuladen«, schrieb Triller dem Ausschußvorsitzenden Dr. Thomas Jakobs (CDU). »Für eine Verkürzung der Ladungsfrist ist im konkreten Fall keine Veranlassung gegeben und mit der Einladung auch nicht begründet worden. Die Nichteinhaltung der Ladungsfrist führt zur Beschlußfähigkeit und Ungültigkeit gefaßter Beschlüsse.« Er weist darauf, »daß der Sitzungsgegenstand, der es wert war, eine Sondersitzung zu begründen, hohe Anforderungen an die Sachkunde und Verantwor-

tung der Ausschußmitglieder stellt. Die übersandten Unterlagen werden für Ausschußmitglieder eine intensive Beschäftigung und Einsichtnahme in Bezugsunterlagen erfordern. Besonders wichtig sind in diesem Zusammenhang Diskussionen innerhalb und außerhalb des Ausschusses zur Meinungsbildung. Aus diesem Grunde beantrage ich, zu dem Gegenstand der Sondersitzung zwei Lesungen durchzuführen.«

Die beabsichtigte gemeinsame Sitzung zweier Ausschüsse hält der Vertreter vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde nicht für angebracht, zumal an diesem Tag zeitversetzt noch zwei andere Ausschüsse ebenfalls gemeinsam tagen. »Vorteilhaft wäre zwar, Meinungen zum Gegenstand der Sondersitzung aus der Sicht eines anderen Ausschusses kennen zu lernen. Jedoch schränkt dies den möglichen Zeitfond der Debatte (bezogen auf die einzelnen Ausschußmitglieder) ein. Zweimal zwei Ausschusssitzungen innerhalb von 4 bis 5 Stunden am selben Tag unmittelbar nacheinander bedeuten eine unzulässige Einschränkung der notwendigen Diskussion relativ komplizierter Sachverhalte. Eine solche Verfahrensweise hat den Geruch, als wolle man die Abgeordneten gar nicht erst zum Nachdenken kommen lassen.« Albrecht Triller beantragt daher eine separate Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen.

Brandenburgisches Viertel:

Kündigung für RENTA

Eberswalde (bbp). Seit Januar haben die von der RENTA AG verwalteten Wohnungen im Brandenburgischen Viertel einen neuen Eigentümer (BBP 1/2012). Die vormalige Besitzerin MAGNAT Real Estate AG verkaufte die 1.057 Wohnungen und 11 Gewerbeeinheiten nach Angaben der Käuferin für rund 30 Millionen Euro, davon 11 Millionen als Baranteil und 19 Millionen durch Übernahme der Verbindlichkeiten, an die Hamburger TAG Immobilien AG.

Im Unterschied zu MAGNAT bewirtschaftet die TAG ihre Immobilien langfristig. Die Verwaltung der Wohnungen könne durch den bestehende Wohnungsverwaltung der TAG Gruppe in Berlin kostengünstig gewährleistet werden, teilte der Konzern im Januar mit.



Somit überrascht es nicht, daß RENTA zum 30. April die Kündigung für ihren Hausverwaltungsvertrag erhalten hat. Die RENTA AG verliert etwa die Hälfte der von ihrer Hausverwaltung betreuten Wohnungen. Eberswalde war der größte Wohnungsstandort der in Brandenburg und Berlin tätigen Gesellschaft.

Die börsennotierte TAG agiert in anderen Dimensionen. Nach dem Erwerb der MAGNAT-Wohnungen an drei Standorten in den neuen Bundesländern, ist der TAG Ende März eine weitere Ausweitung ihres Immobilienportfolios gelungen. Künftig gehört auch die DKB Immobilien AG – bisher Bestandteil der Deutschen Kreditbank AG – mit rund 25.000 Wohnungen, vorwiegend in Thüringen, Sachsen und im Großraum Berlin, zur TAG. Deren Wohnungsbestand erhöht sich damit auf etwa 56.000 Wohneinheiten, die 2012 Mieteinnahmen von 209 Millionen Euro einbringen sollen.

»Da die TAG sowie die DKB Immobilien AG einen gemeinsamen Schwerpunkt in der Bewirtschaftung von Wohnimmobilien haben und gemeinsam an verschiedenen Standorten in den neuen Bundesländern über Immobilien verfügen«, teilte die TAG mit, »ist eine Zusammenführung der Geschäftsaktivitäten sinnvoll und bietet Potential für Synergie- und Skaleneffekte«.

Den Aktionären der TAG wurde versprochen, daß die aktuelle Durchschnittskaltmiete des »Portfolios ... in attraktiver Lage in Eberswalde« von 4,04 Euro pro Quadratmeter »noch deutlich steigerungsfähig« sei.

»Trillernder Mob«



Eberswalde (bbp). Am Eberswalder Werner-Förßmann-Krankenhaus gibt es Tarifverhandlungen. Die Beschäftigten, von ihrer Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) unterstützt, machten bisher mit zwei Warnstreiks klar, daß es ihnen ernst ist. Am 27. März, dem zweiten Streiktag, zogen rund 300 Krankenhausmitarbeiter zum Landratsplatz am Marktplatz. Mit Trillerpfeifen machten sie auf sich aufmerksam. Während Landrat Bodo Ihrke sich zunächst mit »Terminen« entschuldigte, griff sein persönlicher Mitarbeiter Daniel Kurth, zugleich Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Barnim und des Eberswalder Ortsvereins der Partei, wutentbrannt zum Telefonhörer und rief in der ver.di-Geschäftsstelle an. Er verlangte die Verhandlungs- und Geschäftsführerin Bettina Weitemann, die sich allerdings selbstverständlich unter den protestierenden Kolleginnen vor dem Kreishaus befand. Gegenüber der diensthabenden Mitarbeiterin, (die über Art und Weise des Anrufs völlig geschockt war) brachte Kurth seinen Unmut über den »trillernden Mob von ver.di« zum Ausdruck. Zugleich erklärte er seinen sofortigen Austritt aus der Gewerkschaft ver.di. Die streikenden KollegInnen wurden zeitnah über die hohe »Wertschätzung« des Kollegen Kurth informiert. Sie zeigten sich bestürzt, welche Geisteshaltung ihnen aus der Landratsetage des Kreishauses entgegenschlägt.

Badeanstalt

Eberswalde (bbp). Für die Eberswalder Badeanstalt gibt es Ideen. Sie spiegeln sich in einem speziellen Bebauungsplan wider, dessen Genehmigungsverfahren derzeit läuft. Bezogen auf den »Bericht über die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange« stellte Wilfried Lienau in der Februarsitzung der Stadtverordneten Fragen zur Erreichbarkeit der erneuerten Badeanstalt. Dazu gehöre eine Rekonstruktion der Schleusenstraße, insbesondere der Bürgersteige, »die sich in einem schlechten Zustand befinden«. Aus der Nutzung der Badeanstalt als Marina ergeben sich Fragen nach der »wasserseitigen Zuwegung zum Grundstück« und wie dabei mit dem Treidelweg verfahren werde. Die Erneuerung der Schleusenstraße sei in die Prioritätenliste für Straßenbaumaßnahmen aufgenommen worden, antwortete Baudezernentin Anne Fellner. Im Bereich des Treidelweges sei bei einer Wasserverbindung zwischen Marina und Finowkanal der Bau einer Hubbrücke »unumgänglich«.

Spendenaffäre nicht abgehakt

Eberswalde (bbp). Bürgermeister Friedhelm Boginski wies auf der Stadtverordnetenversammlung (StVV) am 23. Februar ausdrücklich darauf hin, daß er zu keinem Zeitpunkt die Äußerung getätigt habe, daß er die sogenannte Spendenaffäre abhake. Anlaß war eine Einwohnerfrage von Bernd Pomraenke, in der er sich auf einen entsprechenden Artikel in der lokalen Tageszeitung bezog.

Er erinnerte an seine Dienstaufsichtsbeschwerden im Zusammenhang mit dem Stadtwerkeverkauf gegen den damaligen Bürgermeister Reinhard Schulz und die Dezernenten Lutz Landmann und Uwe Birk in ihren Funktionen als Kämmerer und Rechtsdezernent. Die erste war mit Schreiben vom 21.10.2005 durch den damaligen StVV-Vorsitzenden Friedhelm Boginski zurückgewiesen worden. Die Prüfung habe ergeben, daß keine Dienstpflichtverletzung des Herrn Schulz im Zusammenhang mit den Anteilsverkäufen vorläge. »Das hat das Gericht im vergangenen Jahr bekanntlich anders gesehen«, meint Bernd Pomraenke, der daher aktuell eine Korrektur der damaligen Antwort erwartet.

Im Juli 2006, inzwischen war die »Spendenaffäre« ans Licht gekommen und Schulz als Bürgermeister abgewählt, hatte Bernd Pomraenke seine Dienstaufsichtsbeschwerde auf Landmann und Birk erweitert, weil er meinte, die beiden hätten aufgrund ihrer verantwortlichen Stellung von den Vorgängen wissen müssen. Hierauf erhielt er am 27.10.2006 die Antwort, daß nunmehr die Beschwerden »wegen der Schwere der Vorwürfe« an die Aufsichtsbehörde gegeben würde. Das Disziplinarverfahren gegen Schulz sei wegen der staatsanwaltlichen Ermittlungen ausgesetzt werden und zu Landmann müßten die Ermittlungen gegen Schulz abgewartet werden, um dann zu entscheiden,

ob ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet werde. Bezüglich Uwe Birk seien die Vorwürfe zu konkretisieren, was er, so ist noch heute die Meinung von Bernd Pomraenke, schon in der StVV-Einwohnerfragestunde am 24.5.2007 getan habe, als er eine Anlage zu den Fakten der Dienstaufsichtsbeschwerde vorgelegt hatte. Dennoch wurde die Beschwerde gegen Birk letztlich zurückgewiesen. Zu seiner Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Lutz Landmann habe er noch keine abschließende Antwort erhalten, obwohl es hieß, daß man diese unaufgefordert geben werde. Auch beim ersten Querlesen des 300-Seiten-Berichtes zur Spendenaffäre habe er darin nichts entsprechendes finden können. Daher wolle er daran erinnern.

Bürgermeister Boginski teilte mit, daß der Spendenbericht wegen des Umfangs sowohl im Februar als auch im März im Hauptausschuß auf der Tagesordnung stehe, damit vor der Stadtverordnetenversammlung am 29. März »genügend Zeit für Diskussionen und Anfragen besteht«. Inzwischen wurde die Zeit für Diskussionen bis zum April verlängert. Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff ergänzte, daß die nicht öffentlichen Themen des Berichtes im Rahmen der nichtöffentlichen Sitzungen des Hauptausschusses und der Stadtverordnetenversammlung unter dem Tagesordnungspunkten »Information aus der Stadtverwaltung« vorgebracht würden. Bezogen auf die Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Lutz Landmann informierte er, daß das Strafverfahren gegen Landmann ohne Auflagen eingestellt worden sei »und aus diesem Grund die Erforderlichkeit der Einleitung disziplinarischer Maßnahmen nicht bestand«.

Auf die Beschwerden gegen Schulz und Birk gingen Boginski und Gatzlaff nicht ein.

Ein pädagogischer Affront

Eberswalde (bbp). Das sozialpädagogische Institut (SPI), das in der Eisenbahnstraße eine Beratungsstelle unterhielt, ist zum 1. März in das städtische Bürgerzentrum im Brandenburgischen Viertel umgezogen. Während bisher angemietete Räumlichkeiten genutzt wurden, stehen dem SPI nunmehr stadteigene Räume zur Verfügung, die im Zusammenhang mit dem Auslaufen der dreijährigen Förderung der Beratungsstelle des Arbeitslosenverbandes und internen Umzügen der verbliebenen Nutzer nicht mehr benötigt wurden.

Volker Passoke von der Fraktion der Linken reagierte in der Februarsitzung der Stadtverordneten pikiert auf diese Informationen. Im Rahmen der Haushaltsdiskussion habe seine Fraktion einen Änderungsantrag, die Mieten auch im 2012er Haushalt vorzuhalten, zurückgezogen, weil der Finanzdezernent Lutz Landmann versichert habe, daß die Mietkosten des

SPI bereits im Haushalt enthalten seien. Volker Passoke drückte seinen Unmut aus, daß »die letzte Beratungsstelle in der Stadtmitte für Jugendliche jetzt geschlossen« worden sei. Die Stadt Eberswalde wäre gut beraten, eine solche vorzuhalten. Zudem hält es der Linken-Abgeordnete für einen pädagogischen Affront, die Beratungsstelle des SPI in Räumlichkeiten einzuziehen zu lassen, die in unmittelbarer Nachbarschaft zum Revierpolizisten liegen. Dies kritisiert auch der Ortsvorsteher im Brandenburgischen Viertel Carsten Zinn, der zudem auf den mangelnden Schallschutz hinwies. Dies seien schlechte Bedingungen, insbesondere wenn vertrauliche Gespräche angesagt sind.

Es werde auch nach dem SPI-Umzug Beratungsangebote in der Innenstadt geben, informierte der Erste Beigeordnete Lutz Landmann. Er versprach, daß die Stadtverwaltung dazu eine Stellungnahme abgeben werde.

Dämpfer für Solarboom

Eberswalde (bbp). Bereits 2003 hatte die Stadtverordnetenversammlung den Bebauungsplan »Industrie- und Innovationzentrum Finow« auf den Weg gebracht. Die Brachflächen auf dem Gelände des Finower Walzwerkes an der Angermünder Straße sollten für gewerbliche Ansiedlungen erschlossen werden. Dafür galt es Baurecht zu schaffen.

Doch von den versprochenen Ansiedlungen, noch 2008 war der Bau einer Gießerei im Gerede (MOZ, 5.9.2008), ist nichts zu sehen. Einige Firmen der Finow-Stahl-Gruppe des Patrick von Hertzberg, insbesondere das Walzwerk Finow, sind inzwischen in argen Schwierigkeiten. Die Eigentümer des Flugplatzes ha-

ben vorgemacht, daß ungenutzte Gewerbeflächen durchaus gewinnbringend verwendet werden können. Auf den Solarboom wollte nun auch Hertzberg aufspringen.

Doch Stadtverwaltung und Stadtverordnete wollen ein weiteres Solarkraftwerk auf erschlossenen Gewerbeflächen, die vorrangig für das produzierende Gewerbe und Unternehmen mit Arbeitsplätzen zur Verfügung stehen sollen, nicht mehr zulassen. Am 29. März beschlossen die Stadtverordneten eine entsprechende Änderung des Bebauungsplans, mit der großflächige Freiflächen-Photovoltaikanlagen untersagt werden. Dach- und Fassadenanlagen auf Betriebsgebäuden bleiben zulässig.

Personenkarussell im Stadtparlament

Eberswalde (bbp). In der Stadtverordnetenversammlung dreht sich das Personalkarussell. Zuletzt verlor mit Wirkung vom 1. März DIE LINKE ihren Abgeordneten Jörg Schneiderei, für den André Klawitter nachrückte (vgl. Seite 13). Bereits zum Jahreswechsel hatte Dr. Andreas Steiner (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) wegen Wohnsitzwechsels sein Mandat niedergelegt, das nunmehr der Alt-Stadtverordnete Andreas Fennert wahrnimmt. Zeitgleich hatte es auch bei der CDU-Fraktion Veränderungen gegeben. Mit Hans-Joachim Blohmenkamp und Christoph Eydam schied gleich die Hälfte der Fraktion aus persönlichen Gründen aus. Von den beiden Neuen Eckard Hampel und Knuth Scheffter besitzt letzterer bereits Erfahrungen als Stadtverordneter.

Von den 36 im Herbst 2008 Gewählten üben heute noch 27 ihr Mandat aus. Ein Viertel der Stadtverordneten wechselte inzwischen. Mit Torsten Pelikan (Bündnisgrüne) und Karl-Dietrich Brückner (FDP) traten zwei ihr Mandat gar nicht erst an. Für sie gingen Nicky Nerbe und Ronny Hartmann in die Eberswalder Volksvertretung ein. Wegen Wegzugs mußte Sabine Stüber (LINKE) ihr Mandat aufgeben. Für sie rückte Torsten Duckert nach. Mit beruflichen und persönlichen Belastungen begründeten der frühere Stadtverordnetenvorsitzende Sven Köhle (CDU) und Birka Gaebel (SPD) ihre Rücktritte. Köhles Mandat übernahm Monique Schostan, in der SPD-Fraktion rückte Ringo Wrase nach.

Daneben gab es eine ganze Reihe Bewegungen zwischen den Fraktionen. Noch vor der Konstituierung der Fraktionen überwarf sich Jürgen Kumm mit seinen Genossen von der SPD und Dr. Günther Spangenberg mit den beiden anderen über die Liste der »Freien Wähler« Gewählten. Diese bildeten daraufhin zusammen mit Jürgen Kumm eine Fraktion, während Dr. Spangenberg und die beiden Stadtverordneten vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde die »Fraktion der Fraktionslosen« bildeten. Der Name war als Protest gegen die Regelung der neuen Kommunalver-

fassung gedacht, mit der die Mindestmitgliederzahl für Fraktionen von zwei auf drei hinaufgesetzt wurde. Inzwischen ist diese Regelung durch das Landesverfassungsgericht gekippt worden. Der nicht mehr aktuelle Fraktionsname besteht allerdings weiter.

Von der diskriminierenden Regelung waren auch Ingo Naumann und Conrad Morgenroth von der Bürgerfraktion Barnim (BKB) betroffen. Sie schlossen sich der FDP an, die so mit sieben Sitzen nach der LINKEN zur zweitstärksten Fraktion wurde.

Bei den »Freien Wählern« hielt die Gemeinsamkeit nicht lange vor. Frank Banaskiewicz verließ die Fraktion, die damit ihren Fraktionsstatus verlor. Andreas Wutskowsky und Jürgen Kumm blieben vorerst fraktionslos, wie der als Einzelkandidat angetretene Dr. Hans Mai, der von Beginn an verkündet hatte, daß er sich keiner Fraktion anschließen will, auch nicht den beiden »Freien Wählern«. Ende 2011 erhielten diese ihren Fraktionsstatus zurück.

Banaskiewicz hatte derweil die Fraktion FDP/BFB auf acht Mitglieder verstärkt. Als vor einem Jahr die DIE LINKEN ihren Aktivisten aus dem Brandenburgischen Viertel Carsten Zinn unter fadenscheinigen Gründen aus der Fraktion warfen, reichte das, um gleichauf mit den LINKEN zur stärksten Fraktion in der Eberswalder Stadtverordnetenfraktion zu avancieren. Zinn schloß sich im September 2011 als LINKER Stadtverordneter, wie er betont, der Fraktion der Fraktionslosen an.

Stadt bildet weiter aus

Eberswalde (bbp). Bürgermeister Friedhelm Boginski hat in Abstimmung mit dem Personalrat entschieden, daß in der Stadtverwaltung Eberswalde weiterhin ausgebildet werde. Konkret bedeutet dies, teilte Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff mit, daß für den mittleren Verwaltungsdienst und im Tierpark (Zootierpfleger) jeweils ein Auszubildender und zusätzlich für den gehobenen Dienst ein Auszubildender eingestellt werden.

»Kriegsverräter« in der BRD

Bernau (bm). Am Dienstag, den 17. April, laden die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) und Silvia Pyrlík, Inhaberin der Bernauer Buchhandlung Schatzinsel, um 10 Uhr zu einem Politischen Frühstück in den Treff 23 auf dem Bernauer Kulturhof, Breitscheidstr. 43a ein. Jan Korte, ebenfalls Bundestagsabgeordneter der Linken, hat gemeinsam mit Dominic Heilig im vorigen Jahr das Buch »Kriegsverrat. Vergangenheitspolitik in Deutschland« herausgegeben.

In der vergangenen Legislaturperiode diskutierte der Deutsche Bundestag über die Rehabilitierung sogenannter Kriegsverräter. Anfangs sträubten sich selbst fortschrittliche Kreise, die NS-Militärgerichtsbarkeit als das zu benennen, was sie war: blutiges NS-Unrecht. Die Herausgeber haben ihre Erfahrungen mit Koalitions- und Fraktionsdisziplin, das Zusammenspiel von Medien und Politik und auch die Durchsetzungsfähigkeit der LINKEN in dem Buch zusammengetragen.

Zusätzlicher Sozialarbeiter

Eberswalde (bbp). Im Rahmen der Eberswalder Haushaltsdiskussion hatte die SPD-Fraktion angeregt, die Stelle für einen Sozialarbeiter/Sozialpädagogen neu zu schaffen. Auf Nachfrage von Hardy Lux informierte der Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff, daß umgehend eine Arbeitsplatzbeschreibung erstellt und dem Personalrat zur Stellungnahme übergeben wurde. Anschließend erfolgte eine interne Ausschreibung der Stelle. Sollte intern kein geeigneter Bewerber gefunden werden, werde die Stelle extern ausgeschrieben.

Kleine Fraktion beteiligt

Eberswalde (bbp). Die Stadtverordneten haben ihre Fachausschüsse für Finanzen, Bau, Planung und Umwelt, Kultur, Soziales und Integration sowie Bildung, Jugend und Sport jeweils von 9 auf 10 Mitglieder erweitert. Beantragt hatte dies die im Herbst 2011 wieder gebildete Fraktion der »Freien Wähler Barnim«, die aus zwei Stadtverordneten besteht. Durch die Sitzverteilung erhält auch die kleine Fraktion jeweils einen Sitz in den Fachausschüssen. Die Entscheidung fiel mehrheitlich.

Der Hauptausschuß, einziger beschließender Ausschuß, wird nicht erweitert, so daß die Freien Wähler hier keinen Vertreter entsenden.

Start für Höhenpaß

Eberswalde (prest-ew). Auch 2012 gibt es wieder den Eberswalder Höhenpaß nach der Erklammerung der drei Eberswalder »Höhepunkte«. Zu besteigen sind der Finower Wasserturm in der Messingwerksiedlung, der Eberkran im Familiengarten und die Maria-Magdalenen-Kirche im Stadtzentrum. Diese großartigen Bauwerke garantieren atemberaubende Aussichten über Eberswalde und Umgebung.

Gutscheinaktionen erlaubt

Eberswalde (bbp). Der Tierpark Eberswalde hat in einer gemeinsamen Aktion mit der Firma »Brockhaus« Gutscheine verteilt. Ziel war, Namen, Anschrift und Telefonnummer von Kindern zu erfahren. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Angaben freiwillig seien. Bernd Pomranke nutzte die Einwohnerfragestunde am 23. Februar, um zu erfragen, ob sich der Tierpark als Gliederung der Stadtverwaltung an solchen Aktionen beteiligen dürfe. Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff teilte mit, der Tierpark darf das, »insbesondere, wenn darauf hingewiesen wird, daß die Angaben freiwillig sind«.

Späte Rache

Eberswalde (bbp). Das Eberswalder Schulamt soll ab 1. Januar 2014 geschlossen werden. An die Stelle der bisher sechs regionalen Schulämter soll eine Landesschulagentur mit vier Regionalstellen treten. Hintergrund sind beabsichtigte finanzielle Einsparungen durch die Reduzierung der Stellenzahl von derzeit 300 auf 260. Mit der Landesschulagentur sollen trotz der Personalreduzierung das Leistungsangebot aufrechterhalten werden.

Regionalstellen soll es in Neuruppin, Frankfurt (Oder), Cottbus und Brandenburg an der Havel geben. Der bisherige Bereich des Eberswalder Schulamtes soll von Frankfurt (Oder) aus mitbetreut werden.

Die Entscheidung, brachte die regionale Tageszeitung in Erfahrung, sorgte in Eberswalde für helle Aufregung. Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP) zeigt sich »entsetzt, wie die Landesregierung mit den Bürgermeistern umgeht«. Er habe »aus der Zeitung erfahren«, sagte er am Tag vor dem die Meldung in den Zeitungen abgedruckt wurde, »daß unser Behördenzentrum, erst 2007 eröffnet, weiter ausgedünnt werden soll«. Auch Landrat Bodo Ihrke (SPD) beschwert sich, daß nicht »vorab mit den Betroffenen vor Ort« – damit meint er sich selbst – gesprochen wurde. Er sei davon ausgegangen, daß in Brandenburg Konsens darüber herrsche, wie wichtig eine enge Zusammenarbeit zwischen Schulträger und Schulamt für die Qualität der Schulausbildung sei.

Eng zusammengearbeitet mit der damaligen Schulrätin Brigitte Reuscher haben Bürgermeister und Landrat u.a. im Jahre 2006 beim sogenannten »Bildungsgipfel«. Im Ergebnis wurden zwei Schulen geschlossen, darunter die Albert-Einstein-Oberschule, deren Schüler damals mit einem aufsehenerregenden Schülerstreik aufbegehrt. Die Stadt Eberswalde entzog sich ihrer Bildungsverantwortung und gab die Oberschulen sowie zwei Grundschulen an den Landkreis ab, der die Oberschulbildung in Eberswalde in zwei »Schulkombinaten« konzentrierte. Die »Dame im knöchellangen Rock« (vgl. BBP 11 u. 12/2012) Reuscher erlebt die Auflösung ihrer einstigen Wirkungsstätte als wohlversorgte Frühpensionärin.

FDP-Ortsverband Eberswalde:

Kommissarischer Vorsitzender

Eberswalde (fdp). Der Stadtverordnete Martin Hoeck übernimmt kommissarisch die Führung der Liberalen im Ortsverband Eberswalde. Auf einer Sitzung des Ortsvorstandes am 9. März 2012 wurde Hoeck für diese Aufgabe bestimmt. Nach der Sitzung sagte Hoeck: »Ich freue mich auf die spannende Aufgabe und danke für das Vertrauen des Vorstandes. Gemeinsam mit der Fraktion und dem Bürgermeister wird auch der Ortsverband liberale Politik zum Wohle der Bürger unserer Stadt umsetzen helfen.«

Die Neubesetzung des Vorsitzes wurde nötig, da der bisherige Vorsitzende, Stephan Fischer, seinen Rücktritt aus persönlichen Gründen einreichte. »Ich möchte mich wieder mehr um meine selbständige Tätigkeit als Forstsachverständiger kümmern«, begründete Fischer seine Entscheidung.

Hoeck erklärte dazu: »Wir alle danken Herrn Fischer für sein langjähriges Engagement und freuen uns, daß er auch weiterhin für die liberalen Werte vor Ort streiten wird.«

»Arbeit von der man leben kann«

Die Eberswalder LINKE wählte einen neuen Stadtvorstand



Eberswalde (mm). Auf seiner Mitgliederversammlung am 30. März wählte der linke Stadtverband seinen Vorstand neu. Neben dem wiedergewählten Vorsitzenden Torsten Duckert gehören ihm Waldtraud Werner, Klaus-Jürgen Fahrak, Edeltraud Jubi, Karin Wagner, Eckhard Schwemmer, Alexander Merten sowie Karl-Heinz Kuntzsch an (v.r.n.l.). Der 17jährige Alexander Merten hat bereits in den vergangenen Wochen in die Parteiarbeit »geschnuppert« und für gut befunden. Neben ihm begrüßte der Vorsitzende drei weitere Neumitglieder zwischen 16 und 24 Jahren im Stadtverband.

DIE LINKE zeigte sich sehr enttäuscht vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) der Region Ostbrandenburg, der beschlossen hatte, in

diesem Jahr erstmalig keine Maifeier in Eberswalde durchzuführen. Um den »Tag der Arbeit« dennoch aktiv zu begehen, entschied der Stadtvorstand, um 15 Uhr in das Foyer des Paul-Wunderlich-Hauses zu einer Diskussionsrunde unter dem Thema »Wir brauchen Arbeit von der man leben kann« zu diskutieren. Dies soll auch als aktive Antwort auf die Tarifkämpfe der Gegenwart im öffentlichen Dienst und im Forßmann-Krankenhaus verstanden werden. So sind alle eingeladen, denen dieses Thema am Herzen liegt. Neben der Landtagsabgeordneten Margitta Mächtigt hoffen die LINKEN auch Vertreter von Unternehmen und Gewerkschaften sowie Belegschaften für dieses Forum interessieren zu können.

Schwarz-Gelbe Sonnenfinsternis

Die Schwarz-Gelbe Koalition hat am Gesetzentwurf zur EEG-Novelle Veränderungen vorgenommen, die den Namen »Verbesserung« nicht verdienen, denn die Kürzungen fallen noch höher aus, als im Gesetzentwurf vorgesehen. Die Betreiber kleinerer Anlagen werden das am deutlichsten zu spüren bekommen. Sie erhalten nur noch für 80 Prozent ihres Stromes eine Vergütung. Der Rest unterliegt einem Vermarktungszwang. Für große Anlagen oberhalb der Ein-Megawatt-Grenze gilt diese Verpflichtung nicht. Damit sind ausgerechnet die Bürgerinnen und Bürger, Hausbesitzer und Bürgersolaranlagenbetreiber unverhältnismäßig bela-

stet. In der Praxis dürfte die Selbstvermarktung von kleineren Strommengen durch Einzelpersonen deutlich schwerer sein, als für große Anlagenbetreiber, die einige hunderttausend Kilowattstunden zu vermarkten haben. Diese Regelung ist ungerecht. Der weitere Ausbau der Solarenergie wird ausgebremst. Die Brandenburger Solarbranche war bislang ein aufstrebender Industriezweig. Doch die radikalen Kürzungspläne der Koalition gefährden zahlreiche Arbeitsplätze, nicht nur in der Produktion, sondern auch in der weiteren Liefer-, Montage- und Wartungskette.

CORNELIA BEHM

FreiRaum Eröffnung im Mai

Braucht Eberswalde ein freies Kulturzentrum?

Seit fast einem Jahr gibt es nun die Freiraum-Initiative (BBP 8/2011). Ursprünglich mit dem Gedanken gegründet, Raum zu schaffen für Gruppen, Initiativen und Vereine, die in Eberswalde aktiv sind, entfaltete sich im Laufe der Zeit ein immer größeres Spektrum an Ideen und immer mehr Bedürfnisse werden offensichtlich. Es gibt in Eberswalde viele engagierte Menschen, die organisiert oder unorganisiert sind und in ihrer Art versuchen, die Gesellschaft und ihr Lebensumfeld zu verbessern, zu verändern und letztendlich diese Stadt und dieses Land bunter und lebendiger zu machen.

Die Freiraum-Initiative will diesem bestehenden vielseitigen Engagement von Menschen Raum geben. Die Möglichkeiten sich zu treffen, Veranstaltungen durchzuführen und mit anderen zusammen in freien Räumen zu arbeiten sind – besonders im Eberswalder Zentrum – sehr beschränkt. Aktive Menschen treffen sich notgedrungen in Privaträumen, im Café, draußen im Park, irgendwo, nirgendwo. Immer wieder hörten wir als Reaktion auf unsere Idee: »Ja, wir brauchen so ein Kulturzentrum.« Von vielen Seiten kam Zuspruch und Aufmunterung. Aber niemand hatte für sich alleine die Kraft, solche Räume zu schaffen.

Nun haben wir es geschafft, Räume zu organisieren, in denen wir der Frage, ob Eberswalde ein freies Kulturzentrum braucht, praktisch auf den Grund gehen können. Dieser »Freiraum auf Zeit« kann zeigen, wie groß die kreativen Potentiale wirklich sind.

Das Freiraum-Experiment im Mai 2012 im Medienhaus (zwischen »Mediencorner« und »Cafe Kleinschmidt«) soll Schaufenster sein für Gruppen, Initiativen, Vereine und engagierte Einzelne, um zu zeigen, was es in Eberswalde schon alles gibt und was hier noch möglich ist.

Am 4. April findet dazu um 18 Uhr im – dann noch fast leeren – Freiraum ein Planungstreffen für alle Interessierten statt und erst dann soll ein konkretes Programm entwickelt werden. Wir laden alle ein, an diesem Experiment teilzuhaben, es mitzuerleben, mitzugestalten und darüber zu berichten. Weitere Informationen über die Freiraum-Initiative gibt es auf www.freiraum-eberswalde.de.

Über vielseitige Aktivitäten haben wir – kaum bemerkt von einer breiten Öffentlichkeit – die Idee des »Freien Raumes« gestreut und Kontakte geknüpft. Ob spontan organisiertes Musizieren am Lagerfeuer, ein Konzert mit anschließender Party im Exil, ein »Freiraum für

eine Nacht« bei dem Fest einer Hausgemeinschaft in der Kantstraße oder einem kreativen OpenSpace, immer setzen wir auf die Kraft des »Selbstgemachten«. Entsprechend offen gehen wir auch dieses Freiraum-Experiment an. Obwohl schon einige Erfahrungen und Ideen vorhanden sind, wollen wir nichts vorwegnehmen oder einschränkend festlegen.

Geplante oder angedachte Veranstaltungen und Projekte sind: Kunstausstellung, Schenkkladen, Lesungen, Volksküche, Workshops und Informationsveranstaltungen zu verschiedenen Themen (wandelBar, Greenpeace, vegan leben...), Aktion zum Freiwilligentag ...

Wir sehen uns nicht als Konkurrenz für bestehende oder geplante Einrichtungen, sondern als Ergänzung. Wir wollen verbinden und bereichern. In diesem Sinne streben wir eine konstruktive Zusammenarbeit an.

Menschen, die schon immer hier leben und Menschen, die nur zeitweise hier leben, zum Beispiel wegen des Studiums, Menschen, die sich entscheiden, freiwillig in Eberswalde leben zu wollen, diese Stadt mitgestalten und zu einem lebenswerten Ort machen wollen. Diese Menschen wollen wir zusammenbringen.

Initiative FreiRaum

In der Begründung nichts Neues

Am 18. April soll ein Sonderkreistag »über den Erwerb und damit die Zukunft« des Holzkraftwerkes Eberswalde« entscheiden

Eberswalde (bbp). Es war die Sorge des Landrates, daß durch die Insolvenz des HOKAWÉ die Energieerzeugung auf der Basis erneuerbarer Brennstoffe zu Ende und die dort bestehenden Arbeitsplätze verloren gehen. »Den Bach 'runter gehen lassen, oder retten«, so Ihrke im kreislichen Ausschuß für Landwirtschaft, Umweltschutz und Abfallwirtschaft am 13. September 2011. Die Überlegung zum Erwerb des HOKAWÉ ging davon aus, daß sich schwerlich ein anderer Erwerber für die Anlage finden würde. Den Beschluß zum Kauf im Schnelldurchlauf durch den Kreistag zu bringen, mißlang. Die Kreistagsabgeordneten wollten mehr Informationen und erteilten einen Prüfauftrag. Die in einer »Stellungnahme« zusammengefaßten Ergebnisse liegen seit Januar vor. Sie bilden die Grundlage für die Begründung der Landratsvorlage zum HOKAWÉ-Erwerb, über die am 18. April auf einem Sonderkreistag entschieden werden soll.

Mit der Begründung setzte sich der Kreistagsabgeordnete Albrecht Triller auseinander. Die Frage eines möglichen anderen Bewerbers, stellt er fest, spielt in dieser Begründung keine Rolle, obwohl gemäß Prüfauftrag des Kreistages auch dieser Aspekt geprüft werden mußte. Dem Landrat ging und geht es offensichtlich nicht um den Fortbestand des HOKAWÉ zu ermöglichen, sondern darum, das HOKAWÉ durch den Landkreis zu erwerben.

In Punkt 10 der Begründung heißt es, daß es dem Landrat um die wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit des Erwerbs geht. Es wird auch behauptet, daß durch den Erwerb und die Wärmelieferung an EWE die Abnahmepreise nachhaltig gesenkt werden würden. Nachweise dafür gibt es nicht.

Es sei unschwer zu erkennen, daß EWE der eigentliche Gewinner des »geplanten neuen Geschäftsmodells« sein wird. An keiner Stelle werde darauf eingegangen, wieso nicht EWE das HOKAWÉ erwirbt. Dann wären Energieerzeugung und Energielieferung einschließlich der Wärmeübergabestationen (zugleich auch als Reserve) in einer Hand. Die Erklärung kann nur sein, daß EWE die Energie nirgendwo so billig und so risikolos bekommt wie von einem HOKAWÉ-Betreiber Landkreis Barnim!

Ein weiteres Problem ist das ebenfalls insolvente Holzpelletierwerk (HoweE), das auf die Wärmelieferungen des HOKAWÉ angewiesen ist. Allerdings ist neuerdings ein Fortbestand des HoweE betriebswirtschaftlich nicht zwingend erforderlich. Bisher war hier noch von erheblichen Abhängigkeiten die Rede. So werden Risiken klein geredet.

»Die in der Zusammenfassung genannten Argumente für den Erwerb des HOKAWÉ sind durchweg nicht haltbar«, sagt Albrecht Triller. Die Strom- und Fernwärmeerzeugung durch das HOKAWÉ ist im vorliegenden Falle keine

»kommunale Daseinsvorsorge«, denn Strom und Wärme werden nicht an die Verbraucher, sondern an die großen Energiemonopolisten geliefert. Auf den Weiterverkauf von Strom und Wärme aus den Lieferungen des HOKAWÉ hat der Landkreis keinen Einfluß. Es gilt sogar ein Wettbewerbsverbot. Die angesagte CO₂-Einsparung ist zum einen nicht an einen Erwerb durch den Landkreis gebunden und hat zudem nichts mit der Realität zu tun. In dem vorliegenden Vereinbarungsentwurf mit der EWE AG sind keinerlei Ansprüche auf Kostenreduktion für die Endverbraucher im Fernwärmebereich zu entnehmen. Die plakativen Formulierungen in der Präambel des Wärmelieferungsvertrages sind in keiner Weise belastbar. Die Aussage, daß die mit dem Kauf verbundenen wirtschaftlichen Risiken vertretbar sind und sich im Kaufpreis entsprechend niedergeschlagen hätten, ist nicht hinreichend bewiesen.

Daß mit der Finanzierung des Erwerbs des HOKAWÉ »die Reserven des Landkreises in die Zukunft überführt« werden und die Kommunen in keinem Fall belastet werden, meint Albrecht Triller, könnten nur sehr unbedarft Kreistagsabgeordnete hinnehmen, die von den Finanzbeziehungen innerhalb des Landkreises und zwischen Landkreis und Kommunen nichts wissen. »Als Argument für den Erwerb des HOKAWÉ ist diese Aussage, wie auch weitere, un-

50 Hertz auf totalem Konfrontationskurs!

Zur Entscheidung von 50 Hertz Transmission bei der Querung Eberswaldes an der Freileitung festzuhalten und nicht die Erdverkabelung zu beantragen, erklärt die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom - keine Freileitung durchs Reservat!«:

Es ist eine Provokation für die Bürger von Eberswalde, die Stadtverordnetenversammlung und die Stadt als Träger öffentlicher Belange und Betroffene im Planfeststellungsverfahren zur 380-kV-Trasse! Das konkrete Verhalten von 50 Hertz im Planungsprozeß zeigt, daß dort beinharte Hardliner das Sagen haben.

Die Bürgerinitiative weist die in der Pressemitteilung von 50 Hertz Transmission vom 8. März (s. BBP-forum) präsentierte »Begründung« als Scheinargumentation zurück und fordert 50 Hertz Transmission auf, die Machbarkeitsstudie zu veröffentlichen und entgegen:

1. Rechteerwerb: Auch eine Freileitung stellt einen massiven Eingriff in die Eigentumsrechte dar und ist mit einem erheblichen Aufwand an Rechteerwerb verbunden. Ein großer Teil der betroffenen Flächen sind städtisches Eigentum oder Eigentum von Gesellschaften mit städtischer Beteiligung, so daß bei einer einvernehmlichen Lösung der Rechteerwerb kein Problem sein dürfte.

2. Flächenverbrauch: Freileitungen haben eine größere Trassenbreite als Erdkabeltrassen, im städtischen Bereich gibt es kaum Nutzungsmöglichkeiten für die überspannten Flächen, die von Bauwerken freigehalten werden müssen. Der dauerhafte Aufenthalt unter einer 380-kV-Freileitung ist wegen möglicher Gesundheitsrisiken nicht möglich.

3. Rechte Dritter: Welche Anstrengungen wurden unternommen, um mit den Besitzern der Garagen unter der 220-kV-Freileitung und den Parzellenbesitzern in der Kleingartenkolonie zu einer Lösung zu kommen?

4. Kostenfrage: Die Behauptung, die Mehrkosten der Erdverkabelung beliefen sich pro km auf 12 bis 14,5 Mio. Euro, ist nicht nachvollziehbar. Diese Kalkulation sollte offengelegt werden. Die einzige seriöse Kostenkalkulation, die bisher bekannt wurde, stammt von E.ON

aus dem Jahr 2007 für 5 Trassen in Niedersachsen und hier betragen die Mehrkosten im Schnitt 3 Mio. Euro pro km.

5. Kostenvergleich: Die Aussagen zum Kostenvergleich Freileitung/Erdkabel sind unhaltbar. Erdkabel haben geringere Leitungsverluste, geringere Wartungskosten und schonen die Umwelt. Die Staatskanzlei Niedersachsen hat dies in der Studie »Fakten zum Netzausbau« dargelegt.

6. Übertragungssicherheit: 50 Hertz Transmission betreibt nach eigenen Aussagen 55 km Erdkabel mit 380-kV-Netzspannung. Es wurden zwei Störfälle von 50 Hertz mitgeteilt. Die letzte Störung war im Dez. 2009.

Prof. Brakelmann hat als Sachverständiger bei der Anhörung zum Brandenburgischen Erdkabelgesetz im Umwelt- und Wirtschaftsausschuß dargelegt, daß Erdverkabelung auf der 380-kV-Ebene Stand der Technik ist. Er hat auf eine internationale Studie über die Ausfallzeiten von 5400 km Erdkabel im Höchstspannungsbereich in 24 Ländern (aktuelle Veröffentlichung der internationalen CIGRE-WG B1-10) verwiesen, aus der die Betriebssicherheit der Anlagen hervorgeht und eine »faire Ausfallstatistik« gefordert, denn noch wird ein Mastbruch mit dem Ausfall beider Systeme als »common mode« aufgeführt.

7. Die Reduktion der Masthöhe um 12 Meter ist eine Milderung der visuellen Belastung, die um den Preis einer stärkeren Belastung des Umfelds mit elektrischen und magnetischen Wechselfeldern erkaufte wird. Die gesundheitlichen Risiken würden zunehmen.

8. Die Notwendigkeit der 380-kV-Freileitung mit der Kapazität von 3600 Megawatt, dem 4,5-fachen der bestehenden 220-kV-Freileitung wurde in den Planungsunterlagen nicht nachgewiesen, sondern nur behauptet. Die Bürgerinitiative empfiehlt: Die Durchleitungs-

kapazität an den Bedarf anzugleichen. Für eine Leitung geringerer Kapazität würden auch die Kosten der Erdverkabelung geringer.

Abspecken und erdverkabeln!

Die Entscheidung, in Eberswalde am Freileitungsprojekt festzuhalten kam für die Bürgerinitiative; Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat nicht überraschend. Sie fügt sich ein in das Bild, denn auch beim Nordring-Berlin wurde ein beinhartes Freileitungskonzept verfolgt und mit viel Aufwand die Erdverkabelung an den vier besonderen Konfliktpunkten abgelehnt.

Die eingereichte Planung war derart haarsträubend, daß die Gemeinsame Landesplanung sich gezwungen sah, in den Abschlußbericht zum ROV als besondere Auflage die Einhaltung von Mindestabständen von 20 (in Worten zwanzig) Metern aufzunehmen.

Die Gespräche, die 50 Hertz im vergangenen Jahr mit dem Baudezernat geführt hat, dienen, wie jetzt deutlich wird, nur dem Aufbau einer Kulisse von Gesprächs- und Dialogbereitschaft, kurz, der Täuschung der Öffentlichkeit. Vertrauen wird so nicht erworben. Diese Haltung von 50 Hertz torpediert alle Bemühungen, die Konflikte um den notwendigen Netzausbau einvernehmlich mit den Betroffenen und den Umweltschutzverbänden zu lösen.

Die Energiewende, die Gesellschaft und Politik fordern, wird durch 50 Hertz Transmission untergraben. Hier ist eine gemeinsame Intervention des Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten und des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz gefragt.

Nicht über unsere Köpfe! Keine Freileitung durch Schutz- und Wohngebiete!

Nicht unter dem Stand der modernen Technik!
HARTMUT LINDNER

Sparkurs mit einer großen Portion Unehrlichkeit

Der Verwaltungsdezernent gab jüngst bekannt, daß die Stadt Eberswalde jährlich etwa eine Million Euro weniger ausgeben oder mehr einnehmen müsste als bisher, um aus den roten Zahlen zu kommen. Nun ja, Herr Gatzlaff, ich hätte einen Vorschlag, wie die Stadt Eberswalde diese 1 Mio. Euro auf einem Schlag einsparen und ihre Sparziele für 2012 jetzt schon erreichen könnte. Und dieser Vorschlag wäre ganz leicht umzusetzen:

Lassen Sie vom Bau der prestigeträchtigen und völlig überflüssigen Stadtpromenade am Finowkanal ab! Neben dem Eigenanteil der Stadt in Höhe von 1 Mio. Euro würde dies zusätzliche Fördermittel (Steuergelder!) von 2,8 Mio. Euro einsparen, die anderweitig auf sinnvolle Weise investiert werden könnten.

Aber mir ist klar, daß Sie auf meinen Vorschlag nicht eingehen werden. Schon als Stadtverordneter empfand ich das Bim-Bamborium um die Aufgabenkritik zur Haushaltskonsolidierung als Farce und als Beschäftigungstherapie für die Volksvertreter. Da schaut Herr Gatzlaff minuziös auf jeden Euro der zu viel ausgegeben werden könnte. Vorhaben, auch solche im Rahmen des Bürgerhaushaltes, die von der Stadtverwaltung nicht gewünscht sind, werden elegant mit der Begründung von Einsparungen abgelehnt. Die Keule der Aufgabenkritik wird von der Stadtverwaltung so geschwungen, wie es gerade passend ist. Andererseits wird das Geld für Prestigeprojekte mit vollen Händen ausgegeben, damit der Bürgermeister in der Öffentlichkeit glänzen kann.

Eine Strategie der Unehrlichkeit, alles andere als ein bewußter Umgang mit öffentlichem Geld. Und wenn das Geld wieder einmal nicht reichen sollte, weil man nicht ordentlich gewirtschaftet hat und der ausgeglichene Haushalt nur auf dem Papier ein solcher ist, müssen die Bürgerinnen und Bürger wieder über Steuererhöhungen zur Kasse gebeten werden.

Nach der unsäglichen Schulz-Ära hatte ich die Hoffnung, daß sich in Eberswalde unter einem neuen Bürgermeister Vieles zum Guten entwickeln würde. Nach sechs Jahren muß ich leider folgende Zwischenbilanz ziehen:

Die Hoffnung war trügerisch. Die Politik des neuen Eberswalder Bürgermeisters hat mich zu einem großen Teil enttäuscht.

Dr. ANDREAS STEINER

Zum Weltwassertag 2012

In jedem Jahr am 22. März ist Weltwassertag. An diesem Tag können wir lesen, wie wichtig Wasser ist: Wasser ist Leben. Wasser ist ein Menschenrecht. Wasser ist keine (übliche) Handelsware. Mehr als eine Milliarde Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Die nächsten Kriege werden um Wasser geführt werden.

Wir werden daran erinnert, daß die Probleme besonders groß sind in Afrika, in Australien, in Lateinamerika und auch in Ostasien. Wir dürfen lesen, daß die UNO anstrebt, die Zahl derjenigen, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben und auch nicht über menschenwürdige Sanitäreinrichtungen verfügen, bis zum Jahr 2015 zu halbieren.

Das hören wir uns alles ungerührt an und wissen doch, daß die hehren Ziele nicht erreicht werden, nicht weil sie nicht erreichbar sind sondern weil man mit und am Wasser gut verdienen kann, wenn man es denn dort hinbringt, wo es gut bezahlt wird. Eine Milliarde Menschen kann das nicht bezahlen. Daran orientieren sich die »global player« im Wassergeschäft – und deshalb werden auch in den nächsten Jahren zehntausende Kinder an Wassermangel sterben.

Die Wassermonopolisten wie z.B. Veolia/Vivendi, Suez, RWE und alle ihre Tochterkonzerne nutzen den Weltwassertag für groß angelegte Werbecampagnen, immer mit dem Ziel, ihren Weltmarktanteil zu erhöhen. Es geht um Umsatz und Rendite.

Von Problemen mit Wasser in Europa oder gar in Deutschland können wir nur wenig lesen. Hier gibt es wohl keine – oder etwa doch? Ab und zu kommt das Thema hoch. So berichtete ein Fernsehsender über Verunreinigungen in unserem »best kontrolliertem Lebensmittel«, daß einem ein Schauer über den Rücken laufen mußte. Zwar wird das Wasser regelmäßig auf pathogene Keime untersucht, aber vieles, von dem man inzwischen weiß, daß es drin ist, wird gar nicht erst gesucht und folglich auch nicht gefunden: Hormone, Antibiotika, Psychopharmaka, Kosmetika – ein wahrer Apothekencocktail. Nun fragt sich Otto-Normalverbraucher: »Wie kommt das Zeug da rein?« Die Antwort ist im Einzelfall nicht leicht zu geben. Wir wissen aber eins: Abwasser wird in Deutschland zwar leidlich gut aufbereitet, dann aber »beseitigt« – bei uns in die Spree, in die Oder, in die Elbe. Die Aufbereitung ist mit dem, was viele von uns über die Toilette entsorgen, schlicht überfordert. Das »Klarwasser« gelangt in Flüsse und Seen und ins Grundwasser. Es fließen aber auch Millionen Kubikmeter vollständig ungereinigtes Abwasser über undichte Kanalisation in den Untergrund. Mit dem Grundwasser pumpen es die Wasserwerke dann in unsere Trinkwasserleitungen und schon ist der Kreislauf geschlossen.

In einer anderen Fernsehsendung konnten wir erfahren, daß in unserem Trinkwasser auch Uran ist, mal mehr, mal weniger. Das hat man eher zufällig gefunden. In einem Fall sah sich das Wasserwerk gezwungen, ein spezielles »Babywasser« auszuliefern.

Inzwischen hat es nicht nur einen Todesfall in Krankenhäusern gegeben, weil die verabreichten Antibiotika nicht mehr wirkten. Wie sollen sie auch!?! Unsere Klärwerke produzieren milliardenfach antibiotikaresistente pathogene Keime. Darauf hat das Umweltbundesamt bereits 1996 hingewiesen. Und was ist seitdem passiert? Nichts! Es gibt also – auch bei uns – ernst zu nehmende Probleme mit dem Wasser. Aber darüber spricht man nicht!

Die meisten von uns verdrängen sie. Was sie als Problem bewegt sind die Gebühren, die sie für Trinkwasser und Abwasser bezahlen sollen. Die Klagen sind berechtigt, denn die Gebühren haben inzwischen eine schwindelerregende Höhe erreicht, besonders in Brandenburg und speziell im Landkreis Barnim. Ein deutschlandweiter Vergleich zeigt: Wir sind Spitze! Und wir haben das Zeug dazu, unsere »Spitzenposition« zu halten und noch auszubauen. Der einzelne Bürger ist dem Monopolisten Zweckverband oder Stadtwerke nahezu wehrlos ausgeliefert. Er versucht seit Jahren, durch Wasser sparen dem Kostendruck zu entgehen, weitgehend erfolglos. Wer spart, zahlt letztlich drauf. Ein ausgekugelt System von Beiträgen, Grund- und Verbrauchsgebühren, das in kurzen Zeitabständen immer wieder nachgebessert wird, läßt viele Bürger kapitulieren.

Nachdem es den Wassermonopolen – hier heißen sie zumeist Zweckverbände – gelungen ist, die vollständige Kontrolle über alle Trink- und Abwasserströme zu erlangen, versuchen sie jetzt, auch noch die Herrschaft über das Regenwasser zu bekommen. Ziel ist es, die (leider!!) unentgeltliche Nutzung von Regenwasser zu untersagen. Dieses Bestreben treibt ganz außerordentlich interessante Blüten: Eine Familie in Sachsen wollte mit dem eigenen Regenwasser ihre Wäsche waschen. Das wollte der Zweckverband verbieten. Nachdem er in den ersten beiden Instanzen unterlegen war landete der Fall schließlich vor dem Bundesverwaltungsgericht! Auch hier war die Familie jedoch erfolgreich. Aber der Zweckverband gibt sich nicht geschlagen. Er hat angekündigt, nun noch die nächste Instanz, den europäischen Gerichtshof, anzurufen.

Wo kämen wir auch hin, wenn jeder ganz nach seinem Geschmack immer neue Methoden entwickelt, mit Wasser sparsam umzugehen. Wie soll denn da der Zweckverband auf seine geplanten Einnahmen kommen? Wasser, das man benötigt, hat man gefälligst vom Zweckverband zu kaufen – je mehr je besser! Schließlich wirbt der mit dem Slogan: Wasser ist für alle da, dank ZWA!

Von sparsamem Umgang mit Wasser steht da nichts. Davon reden wir nur einmal im Jahr – am Weltwassertag! JOHANNES MADEJA

Baumschutzsatzung

Eberswalde (bbp). Die Baumfällungen an der Friedensbrücke in Vorbereitung der neuen »Stadtpromenade« und am »Kirchenhang« haben die Gemüter erregt. Dies zum Anlaß nehmend erklärte der Fraktionsvorsitzende der SPD in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde Hardy Lux, daß seine Fraktion noch in diesem Jahr einen Anlauf unternehmen werde, daß für die Stadt eine eigene Baumschutzsatzung verabschiedet wird.

Ohne Entgegenkommen

Eberswalde (bbp). Zwischen dem Stadtseniorenbeirat und der Barnimer Busgesellschaft (BBG) gab es über die Beanstandungen bei den neuen Obussen einen »regen Informationsaustausch und auch kritische Gespräche«. Der Seniorenbeirat habe »Verbesserungsvorschläge eingebracht«, sagte die Beiratsvorsitzende Renate Kuhlmann, »die ohne großen finanziellen und arbeitstechnischen Aufwand umzusetzen gewesen wären, jedoch bis heute von der BBG nicht realisiert wurden«. Alle Einwände zur Ausstattung der neuen Obusse seien unter Verweis auf technische Gegebenheiten abgelehnt worden.

Kanal wird nicht ausgebaut

Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße

Der Bundesregierung »geht es nicht mehr um einen Ausbau der Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße in den bisher geplanten Abmessungen.« Das gab der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Dr. Andreas Scheuer, im Bundestages bekannt. In seiner Antwort auf die Frage der Abgeordneten Cornelia Behm (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte er weiter: »Zur Gewährleistung eines einschiffigen Verkehrs genügen nach neueren Erkenntnissen einige punktuelle Baggerungen, die sich voraussichtlich auf die auf polnischem Gebiet liegende Klützer Querfahrt konzentrieren.«

Diese Aussagen stehen in deutlichem Widerspruch zu den Versprechungen seines Kollegen im BMVBS, Enak Ferlemann. Dieser hatte nach Presseberichten bei einem Treffen mit Vertretern der Wirtschaft im Januar 2012 angekündigt, daß der Ausbau der Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße (HoFriWa) eine neue Chance bekommen würde.

»Das sind mal wieder leere Versprechungen gegenüber seiner Klientel gewesen.« kommentiert Behm diese Äußerungen. »Die Politik muß endlich damit aufhören, zu jeder Gelegenheit Autobahnen, Ortsumfahrungen und Flußausbauten zu versprechen, wenn gar kein Geld für diese Investitionen da ist. Hinzu kommt, daß der Bedarf für diese Baumaßnahmen in aller Regel nicht gegeben ist und die ökologischen Eingriffe erheblich sind.« so Behm. Die HoFriWa verläuft durch sensibles Gebiet im Nationalpark Unteres Odertal, dem einzigen Auennationalpark Deutschlands. »Für den Erhalt dieser einzigartigen Landschaft ist der Ausbaustopp eine gute und wichtige Voraussetzung.« betont Behm. BRITTA DUILLE

Zahlen, Daten, Fakten:

– Die (sozialversicherungspflichtige) Beschäftigungsquote der Frauen war im Juni 2011 mit 48,7 Prozent deutlich kleiner als die der Männer mit 56,0 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr hat sie sowohl bei den Frauen um 1,1 Prozentpunkte als auch bei den Männern um 1,4 Prozentpunkte zugenommen.

– Die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigung hat im Vorjahresvergleich bei Frauen um 1,0 Prozent abgenommen, wohingegen es bei Männern einen Zuwachs von 0,7 Prozent gab. Im Juni 2011 waren 3,2 Millionen Frauen und 1,7 Millionen Männer ausschließlich geringfügig beschäftigt.

– Im Februar 2012 waren 1.389.000 Frauen und 1.720.000 Männer arbeitslos gemeldet. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Arbeitslosigkeit bei den Männern um 115.000 oder 6,3 Prozent und bei den Frauen um 87.000 oder 5,9 Prozent abgenommen.

– Arbeitslose Frauen und Männer werden überwiegend im Rechtskreis SGB II (Hartz IV) betreut. Dabei liegt der Anteil der Frauen, die im Rechtskreis SGB II registriert sind, bei 69 Prozent und der der Männer bei 66 Prozent.

– Im Jahresdurchschnitt 2010 bezogen von allen Alleinerziehenden im erwerbsfähigen Alter mit minderjährigen Kindern 40,7 Prozent Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende, im Vergleich zu 8,4 Prozent bei Paaren mit Kindern. Die Hilfequote bei Alleinerziehenden variiert stark mit der Zahl der minderjährigen Kinder. Sie betrug bei einem minderjährigen Kind 36,6 Prozent, bei zwei und mehr minderjährigen Kindern 49,7 Prozent.

Reserve für den Arbeitsmarkt

Nürnberg (bfa/bbp). Die Bundesagentur für Arbeit (BfA) hat anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März auf die Vorzüge der Frauen für den Arbeitsmarkt hingewiesen.

Mädchen und Frauen »haben die besseren Schulabschlüsse und sind für das Berufsleben mindestens so gut qualifiziert wie Männer. Nur am Arbeitsmarkt scheint sich die Gleichstellung nicht oder nur sehr langsam durchzusetzen.«

Zwar konnten Frauen von der steigenden Arbeitskräftenachfrage der letzten Monate ähnlich partizipieren wie Männer, dennoch blieben qualitative Unterschiede. »Frauen arbeiten deutlich öfter in Teilzeit, seltener in Führungspositionen und mit geringeren Löhnen als Männer. Frauen sind häufiger langzeitarbeitslos und tragen damit im Geschlechtervergleich das höhere Verbleibsrisiko in Arbeitslosigkeit. Fast 70 Prozent aller arbeitslosen Frauen sind in der Grundsicherung.«

Frauen bilden »eine gut qualifizierte Reserve für den Arbeitsmarkt«. Angesichts Fachkräftemangels, auch in klassischen Frauenberufen, wie z.B. im Gesundheitswesen, äußert sich der Vorstand Grundsicherung der BfA Heinrich Alt optimistisch. »Frauen haben einen starken Verbündeten, den demografischen Wandel. Wir werden älter und weniger. Die Arbeit bleibt, aber die Arbeitskräfte gehen aus. Umso dringender müssen wir den Blick auf diejenigen richten, die

bisher zum Teil am Rande des Arbeitsmarktes standen«, appelliert Alt. Gut qualifizierte und motivierte Frauen haben oft wegen familiärer Rahmenbedingungen keinen Zugang in die Arbeitsgesellschaft. Vor allem Alleinerziehende haben es aufgrund fehlender Betreuungsangebote für die Kinder schwer.

Auch in Eberswalde sind Kinderbetreuungsplätze knapp, nachdem noch 2006 eine Kita aus Kostengründen geschlossen wurde. Nun wird für viel Geld neu gebaut. Doch wird es noch ein oder zwei Jahre dauern, bis die neue Kita im Bürgerbildungshaus in der Puschkinstraße fertig ist.

Daneben ist auch ein qualitativer Ausbau der Kinderbetreuung notwendig. Über 60 Prozent der arbeitslosen Frauen kommen aus dem Einzelhandel, aus Gesundheits- und Pflegeberufen oder aus dem Hotel- und Gaststättengewerbe. Berufe mit Arbeitszeiten, die klassische Kinderbetreuungszeiten nicht abdecken.

Neben den Kinderbetreuungsangeboten sind in der Wirtschaft aber auch kluge Modelle und Ideen gefragt, um Beruf und Familie zu verbinden. Langfristig denkende Personalverantwortliche haben längst die Zeichen der Zeit erkannt und investieren in familienfreundliche und familienbewusste Arbeitsbedingungen, bieten verstärkt Teilzeitausbildungen an oder richten Betriebskindergärten ein.

Die Welt brennt und wir halten still

Die aktuellen Aktionen der in der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di integrierten Branchen sind keine der üblichen Arbeitskämpfe um ein paar Euro mehr im Portemonnaie. Sie sind Ausdruck der großen Umverteilungskämpfe im ungebremsten System des global wirkenden Kapitals.

Es wird schon lange nicht mehr hinter verdeckter Hand über Kriege zur Wahrung »deutscher Interessen« gesprochen. Unverhohlen ist die Rede von einer »Verantwortung Deutschlands« auf den Kriegsschauplätzen der Welt, auf denen um die »Rettung abendländischer Kultur« gerungen werde. Der Export von U-Booten und Kampfpanzern und anderen Waffen soll Arbeitsplätze im Land erhalten. Auf wessen Kosten dies geschieht und daß diese Waffen zum Töten dienen, darauf wird nicht hingewiesen.

Die Unzufriedenheit der Menschen mit der Politik der Regierung, die sich voll im Griff der mächtigen Kapitalmärkte, also der Herren der Industrie, der Banken und Versicherungen, befindet, wächst beständig.

Mit immensen Mitteln wird in der medialen Landschaft das Geschichtsbild systematisch verfälscht oder zumindest verdreht. Täter werden zu Opfern umfunktioniert, um im passenden Moment fallen gelassen zu werden, wenn sie zu unbequem werden. Selbstherrliche, leicht beeinflussbare Figuren werden auf populistische Art und Weise in hohe Ämter gehievt, obwohl des Volkes Wille und Meinung dazu



Peter Ernsdorf (IG Metall) spricht am 30.3. zu den auf die Straße geworfenen Walzwerkern.

ganz anders sind. Darüber kann auch das schauspielhafte Vorgehen staatlicher Stellen gegen die erstarrte rechte Gewalt nicht hinwegtäuschen.

Immer neue Anlässe werden hervorgeholt, das Aufbegehren vieler junger, gebildeter Bürger gegen die antisoziale Politik mit den Mitteln der sogenannten Rechtsstaatlichkeit zu unterdrücken. Das »Arbeitsvolk« ist bewußt gespalten. Während einige Belegschaften ihren Spitzenmanagern in Betriebsverträgen utopische Einkommen zubilligen, kämpfen andere gegen ständig drohende Insolvenz, Arbeitslosigkeit, Hartz IV, befristete Arbeitsverträge und Lohndumping.

Diese »Anderen« sind gerade im Barnim stark vertreten. Das sind z.B. die Beschäftigten

des Walzwerks Finow, dessen Stilllegung beschlossene Sache ist, die Insolvenz des Solarparks, des HOKAWE, die Zusammenstreichung von Ämtern, der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne im Forßmann-Krankenhaus, die Schließung der Brotfabrik in Bernau, das Androhen der Schließung des Finowkanals als unserer touristischen Attraktion und vieles mehr.

Wie kann es in einer solchen Situation zum Ausweichen der regionalen Gewerkschaftsleitungen mit dem Argument des fehlenden Geldes für eine kraftvolle Mai-Demonstration im Zentrum der Kreisstadt kommen?

Statt sich an die Spitze der Proteste gegen die Unternehmerwillkür zu stellen, treten die Vertreter des DGB in den Hintergrund und überlassen die Straßen und Plätze am Ende unerwünschten rechten Populisten.

Noch ist Zeit, daß die maßgeblichen Leitungskräfte der Gewerkschaften und linken Parteien ihren Standpunkt zu einem politisch motivierten Auftritt am 1. Mai überdenken. Es geht auch mit geringeren Mitteln – es muß nicht immer eine große Fest-Tribüne sein...

HELMUT BRAUNSCHWEIG

Hecken«pflege» in Schorfheide

Offener Brief an die Bauamtsleiterin Manuela Brandt

Am 15. März waren Mitarbeiter des Bauamtes der Gemeinde Schorfheide damit beschäftigt, den etwa 900 m langen Hecken- und Windschutzstreifen entlang der Verbindungsstraße zwischen Lichterfelde und Blütenberg, in mehr als fragwürdiger Weise zurückzuschneiden. Teilweise wurde damit begonnen diesen Heckenstreifen auf über die Hälfte der Breite zurückzusetzen. Im vergangenen Jahr 2011 waren schon einmal Mitarbeiter des Bauamtes der Gemeinde Schorfheide mit genau der gleichen Aufgabenstellung an diesem Heckenstreifen zu Gange, um hier unter dem Gesichtspunkt der Verkehrssicherungspflicht Rückschnitte durchzuführen.

Diese Form von Eingriff, in derart kurzen Zeiträumen, widerspricht jeglicher fachgerechten Art der Gehölzpflege, sofern bei diesen Maßnahmen überhaupt von »Pflege« gesprochen werden kann. Hier wird systematisch Lebensraum zerstört!

Ich nehme nunmehr Anstoß an der Art und Weise wie in der offenen Landschaft mit diesen leider immer seltener werdenden Gehölzstrukturen verfahren wird. Nach scheinbar eigenem Ermessen seitens der Bauamtmitarbeiter wird abgesägt und geschnitten, daß es einem beim Anblick mitunter die Sprache verschlägt. Fraglich, inwieweit sich hier überhaupt an fachlichen Maßgaben orientiert wird, bzw. grundlegende Fachkenntnisse zur Baum- und Strauchpflege vorliegen.

In der heutigen intensiv genutzten Agrarlandschaft, stellen derartige Heckenstrukturen die einzigen verbliebenen wertvollen Landschaftselemente und Lebensräume in der an sich ausgeräumten Landschaft dar, die es gerade aus diesem Grund umso mehr zu bewahren gilt. Andernorts werden mit nicht unerheblichem finanziellem Aufwand Projekte initiiert, um gerade solche Biotop wieder in der freien Landschaft zu etablieren und einen Biotopver-



bund zu schaffen. Umso verwerflicher, daß hier in der Gemeinde so unverantwortlich mit diesen Feldgehölzen umgegangen wird. Wenn nicht bereits ackerseitig Gehölzschäden durch dicht heranpflügende Landmaschinen entstehen, dann geschieht das spätestens durch mit wenig Sachverstand beauftragte Maßnahmen wie diese.

Das Argument »Verkehrssicherungspflicht« wie es Frau Hartwig, Mitarbeiterin des Amtes, immer wieder anführte, rechtfertigt diesen fahrlässigen Umgang in keinsten Weise. Nebenbei gesagt handelt es sich in diesem Zusammenhang um einen heckenbegleitenden Fahrradweg, der von sehr wenigen Radfahrern benutzt wird. Hier sollte einmal die Verhältnismäßigkeit gewahrt werden.

Im übrigen ist anzunehmen, daß gerade der durch die Feldgehölze entstehende Landschaftscharakter Fahrradfahrer anlockt. Wenn die, in beschriebener Weise betriebene »Gehölzpflege« allerdings so weitergeht, werden tote und leblose Agrarlandschaften zurückbleiben, die niemanden mehr anziehen werden.

Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich auf die Zeit zu der Gemeindemitarbeiter übers Land ziehen und Gehölze beschneiden. Das BNat-SchG §39 gibt hier ganz klar vor, daß in der Zeit vom 1. März bis 30. September Fäll- und Schnittverbot für jegliche Gehölze besteht.

Mir ist absolut unverständlich, aus welchem Grund sich hier immer wieder Mitarbeiter der Behörden über diese gesetzliche Regelung hinwegsetzen und diese als Schutzzeitraum definierte Zeit ignorieren.

YVONNE SCHNABEL

Wo Freizeit und Freiheit kein Luxus sind

Über 400 Naturfreundehäuser in einem Buch präsentiert das aktuelle Häuserverzeichnis. Über 400 Orte der lebendigen Begegnung, meist mitten in der Natur, über 400 preiswerte Möglichkeiten der Erholung, wo Freizeit und Freiheit kein Luxus sind.

Im handlichen Hosentaschenformat – mittlerweile in der 23. Ausgabe – ist das Verzeichnis der Naturfreundehäuser in der BRD der ideale Begleiter auf Reisen, denn für jede Region ist eine Übersichtskarte enthalten. Große aktualisierte Fotos leiten durch die verschiedenen Rubriken, eine umfangreiche Kartografie hilft bei der geografischen Suche und übersichtliche Register führen schneller zum gesuchten Haus. Einen kleinen Einblick in das breite Spektrum der Naturfreundehäuser gibt die neue Rubrik »Ausgewählte Angebote«, mit denen sich erstmals 19 Naturfreundehäuser von der Ostsee bis zum Allgäu umfangreicher

vorstellen und in ihre Region einladen. Alle drei Jahre geben die NaturFreunde Deutschlands für ihre über 400 Naturfreundehäuser ein überarbeitetes Verzeichnis heraus, welches einen hohen Gebrauchswert für aktive und freizeitorientierte Menschen bietet.

Zu erhalten ist das Buch für kurze Zeit kostenlos in der Tourismusinformation Bad Freienwalde, Uchtenhagenstrasse 3, 16259 Bad Freienwalde oder direkt bei den NaturFreunden Oberbarnim-Oderland e.V. Telefon 03344-333200. Gegen Portoerstattung wird das Verzeichnis auch versendet.

BERND MÜLLER

Schwarzerlen-Pflanzung

Im Rahmen der Initiative »Waldwelten« möchten wir am Dienstag, den 17. April, Schwarzpappeln, die vom Aussterben bedroht sind, anpflanzen. Wir treffen uns dazu um 12.45 Uhr auf dem Parkplatz vor dem Forstbotanischen Garten. Wer einen Spaten hat, sollte ihn mitbringen.

MANFRED WERNER,
AG Senioren DIE LINKE Eberswalde

Umweltförderung

Eberswalde (prest-ew). Eigeninitiative und bürgerschaftliches Engagement für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung sind Themen, die in Eberswalde einen hohen Stellenwert haben. Durch persönlichen Einsatz und innovative Ideen gewinnt die Stadt beständig an Attraktivität und Lebensqualität. Dieses unterstützt die Stadtverwaltung auch in diesem Jahr.

So können Sachkostenzuschüsse für Umweltprojekte bis zu einer Gesamtsumme von 4.800 Euro vergeben werden. Um mehrere Projekte unterstützen zu können, wurde der maximale Zuschuß pro Projekt auf 1.000 Euro begrenzt. Gehen mehr Anträge ein als Geld zur Verfügung steht, entscheiden Datum der Antragstellung und die gesamtstädtische Bedeutung des Projektes. Somit sollte nicht zu lange mit der Antragstellung gewartet werden. Gute Ideen sind sicher vorhanden.

Im Fokus stehen dabei vor allem die Gestaltung von bisher ungenutzten oder vernachlässigten Freiflächen im Stadtgebiet. Zur Unterstützung von Initiativen zur nachhaltigen Freiraumentwicklung fördert die Stadt Eberswalde seit 2008 Projekte mit Vorbildcharakter. So wurden über die Förderrichtlinie für Umweltprojekte bisher mehr als 30 kleinteilige Maßnahmen im gesamten Stadtgebiet finanziell unterstützt. Dabei reicht die Palette von Baum- und Strauchpflanzungen über die Anlage von Schulgärten bis hin zu diversen Umweltbildungsprojekten und -veranstaltungen.

Mit den Mitteln können Sachkosten, zum Beispiel Pflanzmaterial für Schutz- und Pflegemaßnahmen im Stadtgebiet, finanziert werden. Voraussetzung ist allerdings immer ein gewisses Maß an ehrenamtlichem Einsatz. Auch Schulen und Kindertagesstätten mit ihren Fördervereinen sind ausdrücklich aufgerufen, ihr direktes Umfeld zu gestalten und gemeinsam zu bepflanzen.

Ziel und Zweck der Förderung sowie Angaben zu den Antragsunterlagen sind der Förderrichtlinie auf den Webseiten der Stadt unter www.eberswalde.de in der Rubrik Stadtentwicklung/Umweltprojekte zu entnehmen.

Die geförderten Maßnahmen sollten nachhaltig sein und Bedeutung für das Stadtbild oder den Natur- und Landschaftsschutz in Eberswalde haben. Anträge sind an das Stadtentwicklungsamt zu richten. Dort steht Severine Laufer (Telefon 03334/64615) für weitere Informationen in Sachen Antragstellung zur Verfügung.

Da ist die Rede von Menschen, die Kredite brauchen um zu kaufen, und von Schlau- meiern, die mit ihrem Geld nicht wissen wohin und andere Menschen überlisten, um ihnen Lust auf Kredite zu machen, für die man Zin- sen einheimst.

Es ist also die Rede von Leuten, die mit ihrem vielen Geld nichts Gescheites anzufan- gen wissen. Diese Leute könnten ja mit ihrem Geld Fabriken bauen lassen, damit für die Ar- men vernünftige Dinge kaufbar werden. Doch die Fabriken nützen nichts, wenn sich die Ar- men und auch die Mittelständler nicht genug kaufen können. Also muß man ihre Not aus- nutzen, damit sie Kredite aufnehmen, zum Bei- spiel mit Kreditkarten oder für die Eigentums- Wohnung. Als Reicher ist man froh, wenn man weiß wohin mit dem Geld: Kredite an den Mann bringen und Zinsen kassieren. Am An- fang steht der Kredit als Mittler.

Man kann aber weitergehen, damit nicht nur im Notfall Kredit genommen wird. Man er- zeugt Kaufrausch künstlich. Statt Himmelreich das Kaufhaus. Es muß nicht das Himmelreich sein, für das man wirbt. Es genügen schon die Auslagen in den Kaufhäusern. Und man um- gibt die Menschen mit Werbung. Bis in die Briefkästen der Individuen kommt die Wer- bung, damit die Individuen noch viel kauflustiger werden, Kredite nehmen und sich zur Zins- zahlung verpflichten. Nun kommt noch eine neue List, zum Beispiel so: Zum Kreditvertrag einen kleingedruckten Anhang. Dort steht drin, der Zinssatz könnte sich während der Lauf-Zeit des Kredits erhöhen. Doch wer liest schon das Kleingedruckte? Und wenn man ei- nen Kredit ganz schnell braucht, weil die Not zu groß ist? Also rein in den Kredit-Vertrag. Für den Sparer dagegen werden während der Zeit seiner Geldanlage die Zinsen gesenkt!

Oder – zum Beispiel – der Kredit-Vergeber wartet, bis der Marktwert der Garantien sinkt, die man als Kredit-Bedürftiger der Bank gegeben hat. Die Garantien verlieren an Marktwert. Dann schlägt man zu. In den USA zum Beispiel auf die Häusle-Bauer. Anfangs schien der Kredit verführerisch. Doch während der Laufzeit wurden ihnen die Zinsen erhöht, bis sie unbezahlbar wurden und das Häusle auf- gegeben werden mußte. Die Immobilien fielen auf den Markt zurück, der Markt wurde mit Immobilien-Angeboten überschwemmt, die Preise für die Immobilien stürzten ab, das Häusle war nicht mal mehr als Garantie für den angenommenen Kredit zu gebrauchen. Jetzt kann der Kredit-Vergeber die Immobilie billig an sich reißen. Er muß nur den richtigen Moment erwischen, an dem sein Vorteil größer wird als der Abbruch von Zinszahlungen durch den Schuldner. Das ist der Moment, an dem er zuschlägt. Jetzt kassiert er die Garantien, die er sich vom Kreditnehmer ausbedungen hatte. So vergrößert die Bank ihr Vermögen. Und erwar- tet den nächsten Coup.

Ähnlich verfährt man mit ganzen Unterneh- men. Unternehmen sind ja meist auf Kredite

Wahnsinn mit Methode

von Dr. Rainer Thiel

Wahnsinn ist, daß Reiche reicher werden, Arme ärmer, im reichen Deutschland: Eine Kiste Wahnsinn, in der die Menschen in zwei Säcke sortiert sind: Hier die Reichen, dort die Armen. Die Linken haben auf die Säcke Etiketten geklebt: »Kapitalisten« und »Abhängige«. Wie geht man damit um?

Politiker erzählen fictions, als wären die beiden Säcke schon aufgeschnitten zur Durch-Mischung: Jeder in den Säcken könnte die Regierung wählen, die er sich wünscht. Könnte Harry Potter eine bessere Fiction erfinden? Könnten Kriminalisten von »Tatort« und »Polizeiruf« noch schlauer recherchieren?

Was wir brauchen, sind Kriminalisten der Extra-Klasse, denn es geht nicht um eine Million Euro, sondern um Billionen. Das ist ja der Wahnsinn. Nach langem Suchen habe ich die Extra-Klasse gefunden, eine junge, schöne Frau: Sahra Wagenknecht. Sie berichtet über Recherchen in ihrem Buch »Wahnsinn mit Methode«. Kann man mit we- nigen Worten andeuten, was darin zu finden ist?

angewiesen, wenn sie neue, teure Maschinen brauchen, weil sie eine Idee haben, um mehr zu produzieren, vielleicht sogar, um etwas Innova- tives auf den Markt zu werfen, als Opium für den Kaufrausch. Unternehmen sind ja der Konkurrenz wegen gezwungen, immer mal wie- der etwas Neues zu riskieren. Aber das kann schief gehen, wenn die Konkurrenz schneller ist, weil sie raffinierter ist, oder weil das Publi- kum nicht alles kaufen kann, was auf den Markt kommt. Dann übernimmt die Konkur- renz das schief gehende Unternehmen und entläßt einen Teil der Belegschaft: Erwerbslosig- keit wird künstlich erzeugt, auch Kurz-Ar- beit. Also sinkt die Kaufkraft weiter. Zeitweilige Kurzarbeit kann vom Staat subventioniert werden. Der Staat könnte notfalls ein paar No- ten mehr drucken. Doch er nimmt lieber einen Kredit bei der Bank wie ein Häuslebauer. Siehe oben.

Derart geil darauf, Kredite zu vergeben, ver- geben viele Banken mehr davon, als sie verkraften können. Doch das Geschäft mit dem Kredit macht sie noch geiler, als sie oh- nehin schon sind. Also nehmen sie selber Kre- dit auf, bei einer anderen Bank, oft mehr, als sie mit Garantien unterlegen können. Geht dann etwas schief, droht ihnen der Zusammenbruch.

Die Staaten selber waren immer schon geil, den Banken dabei zu helfen. Erst haben sie den Großverdienern die Steuern gesenkt, nun rei- chen die Steuern nicht mehr für Staatsauga- ben, für Soziales, für die Bildung, für die Kultur, für die Justiz. Was es davon schon gibt, haben die Bürger mit ihrer Hände Arbeit ermöglicht. Es gehört also den Bürgern. Das Eigentum der Bürgerschaft müßte der Staat schützen. Und wenn der Staat mal etwas Falsches macht – Po- litiker sind ja auch nur Menschen – dann könnte der Staat in Maßen Banknoten drucken. Noch besser wäre – der Staat würde große Vermögen kräftig besteuern und Sonder- abgaben von Millionären einziehen. Das for- dert auch der DGB. Auf jeden Fall muß der Staat etwas für die Bildung seiner Jugend tun, pausenlos, ganz schnell, auf der Stelle, und nicht zu knapp, denn die Jugendzeit – sie kehrt nie wieder, und am Ende hat der Staat zu viele

Analphabeten unter seinen Staatsbürgern. Darunter würde sogar die Wirtschaft leiden, doch die heranwachsenden Menschen beson- ders, denn was Hänchen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.

Doch der Staat macht das anders. Er gibt die Währungshoheit aus seiner Hand und nimmt Kredite auf – bei privaten Banken! Die Banken freuen sich, denn jetzt kriegen sie den Staat in ihre Hand. Zinsen muß er obendrein bezahlen. Und was den Bürgern heute zusteht, weil alles, was der Staat zu schützen hat, durch ihrer Hände Arbeit entstanden ist, das wird den Bürgern jetzt als Schuld des Staates bei den Banken angerechnet. Das ist das Hexen- Einmaleins.

Das ist Wahnsinn mit Methode. Aber nur der erste Teil davon. Die Methode ist über Jahrzehnte immer raffinierter ausgestaltet wor- den. Aus der Produktions-Wirtschaft ist die Kredit-Wirtschaft entstanden: Aus dem Markt für anfaßbare Produkte ist Markt der Finanz- Produkte entstanden, die man nicht mit Hän- den anfassen kann. Sie scheinen verlockend wie Anfaßbares. Um 2008 war in den USA die Menge der Schulden von Verbrauchern und Unternehmen auf 170 Prozent des Bruttoin- landprodukts gewachsen, in Europa auf 143 Prozent. (Wagenknecht S. 239) Auf diesem Hyper-Markt handeln die großen Banken mit Krediten. Und dabei spornen sie sich gegensei- tig an, denn sie stehen selbst im Wettbewerb von Bank zu Bank. Wer sich darauf eingelassen hat, um im Wettbewerb zu bestehen, der muß den Wahnsinn praktizieren. Untergehen kann er so oder so. Also feste mitgemacht, die Kon- kurrenz tut es ja auch. Da ist man wie in einer Herde: Man muß mitgehen. Auf die Gefahr hin, daß man untergeht. Eigentümer enteignen andre Eigentümer, zumeist ohne Entschädi- gung.

Doch was heißt hier »untergehen«? Die großen Manager der Industrie, des Staates und der Banken bekommen fürstliche Abfindun- gen. Sie stürzen nicht ab in Hartz IV, sie be- kommen Millionen. Sie gehen nicht unter, sie sind persönlich abgesichert und leben fortan ruhiger in ihren Villen. Deshalb hatten sie ja

keine Hemmung vor dem Risiko. Und wenn große Banken vor dem Absturz stehen, hilft ihnen der Staat mit unsren Steuergeldern. Schon ehe es so weit kam, hat sich der Staat seine Ausgaben durch Banken als seine Schulden anrechnen lassen. Obwohl alles, was in Hand des Staates ist, von Bürgern des Staates geschaffen worden ist. Selbst die Kinder sind ja nicht vom Staat geschaffen worden, von den Banken erst recht nicht, ihre Eltern haben geschuftet, gezeugt und genährt und Steuern gezahlt. Das ist Eigentum der Bürgerschaft und nicht der Banken. Eigentum der Wähler und selbst der Nichtwähler, ausnahmslos.

Wie es zu dieser Umkehrung der Verhältnisse kam, hat Sahra Wagenknecht recherchiert. Besonders kess, wie Regierungen und gewählte Parlamente die Anstandsregeln abgeschafft haben, die einstmal noch die Banken hemmten. Wo stand die große »Geldmaschine«, welche die Kredite produzierte? (S. 31) Per Gesetz haben Parlamente den Banken die Hürden aus dem Weg geräumt, mit kleinen und mit großen Tricks, damit nicht auffällt, daß es die Parlamente waren. Das ist der Wahnsinn in Potenz. Was müssen wir also mit den beiden Säcken machen?

Ich gehöre zu den seltenen Typen, die von Karl Marx »Das Kapital - Erster Band - Der Produktionsprozess des Kapitals« gelesen haben. Schlimmer noch, ich habe auch den zweiten und den dritten Band gelesen: »Der Zirkulationsprozess des Kapitals« und »Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion«. Deshalb ist für mich der »Kapitalismus« nicht einfach ein Sack, auf den man nun als Linker eine Etikette klebt. Ich hatte hineingeschaut. Das wünsche ich allen Mitbürgern, auch den Linken.

Und nun Sahra Wagenknecht. Sie hat gewühlt in beiden Säcken, regelrecht gewühlt, im Kapitalo-Sack viel gründlicher als ich. Den Sack der Abhängigen kannte ich schon ganz gut. Doch den Sack der Reichen? Weil Sahra wühlt, so lüftet sie Geheimnisse, wo andre Leute nur Geheimnisse beschwafeln. So bringt mich Sahra auf den neuesten Stand. Jetzt bin ich sicherer geworden, was ich als Linker anzustreben habe. Das ist spannend, das ist super, die Sätze sind kurz und klar, also liest es sich gut.

Sahra Wagenknecht: Wahnsinn mit Methode – Finanzcrash und Weltwirtschaft. Das Neue Berlin, 5. Auflage 2009. 254 Seiten. 14,90 Euro

Als Leseprobe bietet sich ein Beispiel an. Auf Seite 87 läßt Sahra Wagenknecht den Spekulanten George Soros zu Worte kommen, der immer den richtigen Moment erwischt, um zuzuschlagen: »Im Gegensatz zu einer wissenschaftlichen muß eine finanzielle Hypothese ..., um profitabel zu sein, keineswegs wahr sein. Es reicht aus, daß sie allgemein akzeptiert wird. Und doch kann sich eine falsche Hypothese nicht ewig halten. Deshalb investiere ich gern in fehlerhafte Hypothesen, die eine Chance auf allgemeine Akzeptanz hatten, vorausgesetzt, ich wußte, wo der Fehler lag und konnte rechtzeitig verkaufen.«

Interview mit einem Ex

JÖRG SCHNEIDERREIT saß seit 2008 für die LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde. Jetzt legte er sein Mandat nieder und trat aus der Partei aus. Über die Gründe sprach mit ihm BBP-Redakteur Gerd Markmann:

Sie haben Ihr Mandat in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung zum 1. März 2012 niedergelegt. Warum?

Die Zeitanprüche an die Tätigkeit des Stadtverordneten wuchsen innerhalb der Fraktion durch zahlreiche Ausfälle der Fraktionsmitglieder. Das heißt dann, häufig als Vertretung in Ausschüssen zu sein, von denen man eigentlich nicht allzuviel Sachkenntnis besitzt. Eine gewisse Zeitlang kann man das schultern, nicht aber, wenn es zum Dauerzustand wird. Seit einiger Zeit arbeite ich in Schwedt und bin eigentlich nur zwischen 17.30 und 6 Uhr in Eberswalde. Da bleibt keine Gelegenheit für Ortstermine oder für die scheinbar immer beliebter werdenden Nachmittagsveranstaltungen. Da ist beispielsweise der Zooberat, der grundsätzlich um 16 Uhr beginnt. Für Berufstätige wird eine Teilnahme faktisch ausgeschlossen. Vielleicht will man ja unter sich sein.

Der Entschluß das Mandat niederzulegen ist nicht plötzlich entstanden. Ich hatte schon 2011 in der Fraktion verlautbart, das ich kürzertreten wolle. Nun habe ich dies, allerdings radikal vollzogen.

Sie sind zugleich aus der Partei ausgetreten. Welche Gründe gab es dafür?

Mit der Richtung der LINKEN war ich nicht immer einverstanden. Auch störte mich sehr, das der Focus zu einseitig auf spezielle Wählerklientel gelegt wurde, die nun wirklich nicht die Mehrheit der Bevölkerung sind und wo es für mich fraglich ist, ob diese uns überhaupt ob unserer Fürsorge für sie wählen. Schlimmer ist aber, das die Partei bis dato keine Visionen über eine bessere Gesellschaft auf die Beine stellen konnte, dies vielleicht auch nicht will.

Auf welches Klientel sollte die LINKE Ihrer Auffassung nach stärkeren Wert legen?

Mich hat immer gestört, das wir nicht auf die gesamte Mittelschicht Bezug genommen haben. Nicht nur die Hartz-4er oder die Beschäftigten mit den Niedriglöhnen kämpfen um ihre Existenz. Mittlerweile klafft die Schere der Einkommensstruktur immer weiter auseinander und damit betrifft es auch Personen, die sich derzeit von der linken Politik gar nicht vertreten fühlen. Ich denke da an Freiberufler, an kleine bis mittlere Unternehmen, an mittlere Angestellte und Facharbeiter, die kaum zu den Gewinnern von Wirtschafts- oder Steuerreformen zählen. Hier müßten wir Interessen sondieren, aufnehmen und vertreten.

Das war der Grund für Sie, aus der Partei auszutreten?

Es gibt noch einen triftigen Grund. Das hat indirekt mit der B 167 n zu tun. Ich bin Mitbegründer der BI Gegen die B 167 n, wobei ich zunächst einmal mit meinen Mitstreitern einen Denkprozeß über neue »Autobahnen« in Ebers-

walde und im Barnim anregen wollte. Einige BI-Mitglieder fragten mich, ob ich dazu Landtags- und Bundestagsabgeordnete der LINKEN einladen könnte. Das griff ich gerne auf und wandte mich per Mail an die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber und die Landtagsabgeordnete Margitta Mächtigt.

Und?

Bis heute warte ich auf eine Antwort der beiden Damen. Übrigens: Der Referent von Axel Vogel (Bündnis 90/Grüne) Andreas Reichling saß fast immer am Tisch, wenn sich die BI getroffen hat. Falls die Linke ihr ökologisches Profil schärfen wollte, hätte sie hier reichlich Raum dazu gehabt.

Man stelle sich das mal vor. Die Basis arbeitet in ihrer Freizeit, zahlt Beiträge, macht Wahlkampf, hängt Plakate auf und wieder ab, versucht Kandidaten und Partei sympathisch zu machen und dann dies: auf Anfragen von Genossen wird noch nicht einmal geantwortet. Ich bin bis heute sprachlos und entsetzt.

Mit dem Anliegen der Bürgerinitiative hatte auch Ihre Fraktion nicht viel am Hut.

Die Stadtfraktion Eberswalde hat die BI angehört und man hat diskutiert, wenn man auch zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen kam. Aber es fand eine Diskussion statt. Auf der lokalen Ebene klappt das also noch ganz gut. Diesbezüglich auch ein Lob an die Stadtverwaltung, die der Bürgerinitiative für ihre Treffs die Räume der freiwilligen Feuerwehr Finow in der Zetkin-Siedlung komplikationslos zur Verfügung stellt, trotz diverser Auffassungen über die B 167n. Das ist nicht überall so und Ausdruck eines guten Miteinanders.

Gab es weitere inhaltliche Differenzen zwischen Ihnen und Ihrer Fraktion?

Nein, die gab es nicht. Die Arbeit machte wirklich Spaß, auch oder besonders dank der umsichtigen Führung des Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Sachse. Es herrschte zu keiner Zeit ein Fraktionszwang, alles wurde ausdiskutiert und dem Gewissen des einzelnen Stadtverordneten wurde nie vorgegriffen. Sicherlich hätten wir in einigen Dingen vehementer auftreten können. Noch einmal. Es geht in erster Linie darum, daß ich nicht ernst genommen werde in der Partei. Ich will hier nicht weitergeben, welche Äußerungen ich noch zu diesem Thema bekam. Aber ein Stadtverordneter, der noch nicht mal seine Parteigenossinnen der höheren Ebenen für eine Diskussion gewinnen kann ...

Ich denke, die Wahlergebnisse werden für die LINKE in der Clara-Zetkin-Siedlung nicht mehr so euphorisch ausfallen. Eine Ernüchterung des Wahlvolkes ist spürbar. So kann man auch seinen Vertrauenskredit billig verspielen.

Ich habe jedenfalls daraus gelernt und die Konsequenzen gezogen.

Der Jäger

Auf der Jagd war ein Jäger durchs Brunmental auf den höchsten Punkt des Semmelberges gelangt. Auf einmal scheute sein Pferd und stand still. Da stand plötzlich ein Zwerg vor ihm, der sprach gar zornig: »Warum erlegst du mir schon lange meine Tiere des Waldes? Laß sie in Ruhe, ansonsten wirst du es mit deinem Blute bezahlen.« Der Jäger erlebte und blieb vor Schreck wie angewurzelt stehen.

Dann faßte er sich und bat um Verzeihung, denn er habe nicht gewußt, daß die Tiere im Forst einen Herren hätten. Der Zwerg antwortete: »So will ich es Dir noch einmal nachsehen. Aber laß Dich hier nicht wieder blicken! Jeden siebten Tag sollst du vor deiner Hütte ein geschlachtetes Tier finden, das sei dein, aber hüte dich und schone mir die anderen«!

Der Zwerg verschwand wie er gekommen ward. Der Jäger kam diesmal mit dem Schrecken davon. Fortan enthielt er sich der Jagd und blieb daheim.

Am siebten Tag fand er richtig einen schönen, ausgeschlachteten Hirsch vor seiner Tür, nach sieben Tagen ein Wildschwein. Das ging ein paar Monate so weiter.

Der Jäger aber fühlte sich immer unglücklicher und unzufriedener. Das ruhige, faule Leben behagte ihm nicht, er sehnte sich nach den Reizen und Gefahren der Jagd auf den Höhen und in den Tälern und wollte lieber Hals und Krage wagen, als sich den Braten zutragen zu lassen. Also ritt er wieder durchs Brunmental der Höhe zu und erblickte einen kapitalen Hirsch, legte ohne Besinnen an.

In dem Augenblick rauschte es durch den Wald. Der Zwerg kam angefliegen, ergriff den Jäger von hinten hob ihn in die Lüfte und stürzte ihn ins Brunmental. Gleich darauf lag er mit zerschmetterten Gliedern in der Tiefe.

Das ward die Strafe für die Lust des Jägers am Töten. Denn satt ward er ja auch so gewesen.

(aus der Sagensammlung von Bernd Müller)

Mauerfondsgeld für Grumsin

Ende März kam eine gute Nachricht in der Region an: auf der Kabinettsitzung in Potsdam wurde beschlossen, daß aus dem sogenannten Mauerfondsgeld* 200.000 Euro für die Entwicklung des Umfeldes des Weltkulturerbes Grumsin bereitgestellt werden.

Das ist ein klares Bekenntnis des Landes zur Entwicklung dieses einmaligen Buchenwaldes. Mit den Geldern soll die Infrastruktur um das Gebiet entwickelt werden, damit Gäste und Erholungssuchende das Gebiet erleben können, ohne es zu schädigen. Parkplätze müssen geschaffen, Wege beschildert und Umweltbildungsangebote entwickelt werden. Besonders für die Gemeinden im Umland wird das ein wichtiger Impuls sein. Jetzt müssen aber auch durch private Investitionen touristische Angebote geschaffen werden.

Dr. MICHAEL LUTHARDT

Korrespondenz aus Sachsen

Zeitgleich

Aus dem »Freistaat« Sachsen ist von zwei aufmerksamen Beispielen amtlicher Unerhörtheit zu berichten. Beide haben dazu geführt, daß sich die Dresdner Bevölkerung, die den Ruf genießt, aus lauter Gemütsmenschen zu bestehen, in Empörung übt.

Normalerweise werden die Elbflorentiner nur dann wütend, wenn Dynamo ein Spiel ungerechtfertigt verloren hat, aber da der geliebte Verein des öfteren verliert und in jedem Falle ungerechtfertigt, brodeln es rings ums Stadion mehr oder minder regelmäßig.

Noch haben die Nachrichten aus der Landesregierung, von denen gleich die Rede sein wird, nichts Ähnliches an Unmutsäußerungen ausgelöst, aber die Lunte glimmt, und ernsthafter Bürgerwille beginnt sich zu artikulieren.

Der erste Fall hat mit dem vorvorletzten hiesigen König und dem Schloßpark zu Pillnitz zu tun. Während dessen Nachfahren heute mit ausverschämten Rückgabeforderungen bezüglich rechtens verstaatlichter Kunstgegenstände – u.a. aus dem Bestand des Grünen Gewölbes – unrühmlich von sich reden machen, gewährte ihre Altvorderer dem gemeinen Volke den Zugang zu den Parkanlagen – und zwar zum Nulltarif. Nicht ganz freiwillig, denn mit dieser Geste sollte dem Geist der Rebellion, der in der Mitte des 19. Jahrhunderts auch in Dresden umging, ein wenig Wind genommen werden. Zuckerbrötchen statt Peitsche, sozusagen.

Nun aber ist die famose Landesregierung auf die Idee gekommen, angeblich knapper Kassen wegen, eine Parkmaut einzuführen, die jeder zu entrichten hat: Touristen von auswärts, einheimische Parkbummler, Frauen und Männer, die den kürzeren Weg durch die Anlagen wählen, um auf Arbeit zu kommen. Dabei ist der Betrag nicht das Problem, der sich noch in moderaten Grenzen bewegt. Es geht um die Kappung einer Selbstverständlichkeit, um den Versuch, den von den Einwohnern geliebten Park zu einem Lustobjekt zu machen, für das zu löhnen wäre – eine Form von Hurerei, bei der der Staat als Zuhälter abkassiert.

Der zweite Fall dürfte geeignet sein, den sich formierenden Wutbürgern ein wenig Wasser zuzugießen auf ihre Mühlen zu leiten. Ruchbar wurde, daß ein gewisser Sven Morlok auf seinem Schreibtisch eine Lampe zu stehen hat. Sven Morlok gehört der zur Sekte verkommenen FDP an und ist Wirtschaftsminister in Tillichs Kabinett. Und die Lampe, mit Steuergeldern bezahlt, kostete 5.500 Euro. Kein mit Diamanten bestücktes Exemplar, auch nicht blattvergoldet. Nur, daß die Leuchte ein Designerstück ist, dessen Materialwert (Plaste) bei

knappen 50 Cent liegen dürfte, macht ihre Kostbarkeit aus und enttarnt den von ihr erleuchteten als Maß- und anstandslosen Wulff im Schafspelz. Nimmt man die »angedachte« Tagesgebühr von zwei Euro für Pillnitz zum Vergleich, könnten um die hundert Busladungen voller Touristen unentgeltlich den Pillnitzer Park bewandeln. Noch derber und unausstehlicher wird eine Rechnung, die den Preis für die Edelleuchte mit dem Einkommen vergleicht, das ein Normal-Hartzler zur Verfügung hat. Der muß fast anderthalb Jahre von dem leben, was Meisters Lampe kostete.

Das zu erwähnen und populistische Vergleiche anzustellen, kann natürlich nur aus der bösen Position des Sozialneids heraus geschehen. Und wer klammheimlich darüber nachdenkt, wie man dem Bürschlein heimleuchten könne nach Baden-Württemberg, schändet die große Idee vom deutschen Zusammenwachsen.

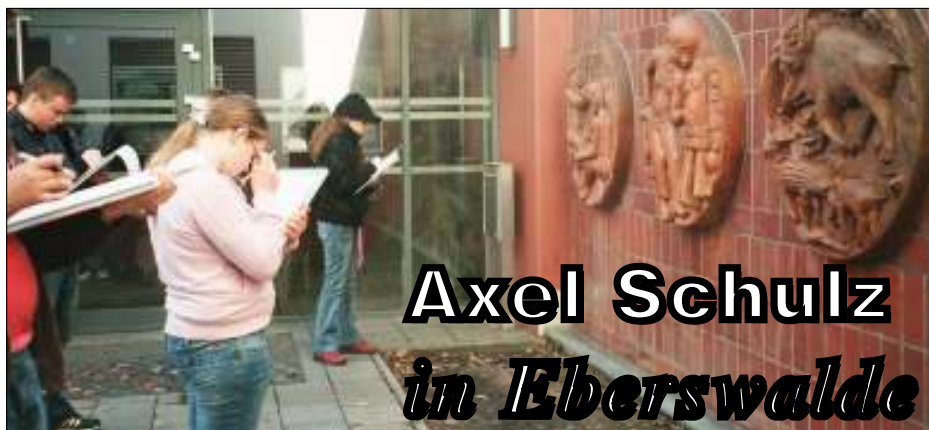
In Sachsen gehen die Uhren, und seien sie aus Glashütte, etwas anders. Hiesige Minister haben lange Laufzeiten. Und selbst wenn es ganz dicke kommt, treten sie erst ab, wenn alles auf den Punkt gebracht ist. Der skandalgebeutelte Innenminister Eggert fand diesen Punkt exakt da, als er seine Dienstmonate zusammen hatte, die ihm Abfindung und fette Sofortrente garantierten. Morlok wird seine Amtszeit aussitzen, bis – hoffentlich – auch in Sachsen die FDP aus dem Landtag verabschiedet wird. Mit seiner Lampensache dürfte er wesentlich dazu beigetragen haben. Siehe – alles hat auch seine guten Seiten.

Was man von vielen Seiten der Dissertation des freistaatlichen Bildungsministers Wöllner (CDU) nicht behaupten kann. Seine ohnehin mit dem dürftigsten Prädikat bewertete Doktorarbeit stammt in ihren klügsten Teilen aus der Magisterschrift eines Studenten; sein Doktorvater nannte den Oberhirten aller Lehrer und Schüler Sachsens einen Scharlatan, für den er sich schäme. Macht nichts. Der Guttenberg zu Dresden hampelt weiter herum, als sei nichts geschehen und war federführend an einem ausgeklügelten, den korrigierenden Lehrern unisono mißtrauenden System zur Bewertung der schriftlichen Abiturarbeiten beteiligt. Ziel: Betrugsversuche und subjektiv eingefärbte Noten verhindern.

Daß dieser Tage ein eingeritztes Gesäß mit Ohren an der Toilettentür eines traditionsreichen Dresdner Gymnasiums entdeckt wurde, ist – für sich genommen – nicht der Rede wert. Daß drunter stand: Wöllner, das macht hoffen. Unsere Jugend ist nicht schlecht.

Dr. STEFFEN PELTSCH

* Nach dem Mauergrundstücksgesetz fließen die Einnahmen aus dem Verkauf ehemaliger Mauer- und Grenzgrundstücke in den sogenannten Mauerfondsgeld. Die Erlöse kommen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Projekten in den ostdeutschen Bundesländern zugute.



Mit Anteilnahme und Trauer lasen wir in der MOZ vom 10./11.03.2012, daß der Künstler Axel Schulz am 4. März 2012 verstorben ist. Genau vor zwei Jahren haben wir in einem fächerübergreifenden Projekt die Entstehungsgeschichte unserer Terrakotten am Haupteingang der Karl-Sellheim-Schule erforscht.

Im Jahr 1966 wurde dieses Kunstwerk im Auftrag der Stadt Eberswalde von den Studienfreunden Baldur Schönfelder und Axel Schulz geschaffen.

Mit der Fertigstellung der Renovierungs- und Umbauarbeiten an der Schule erfuhren die fünf großen runden Terrakotta-Reliefplatten eine architektonische und damit optische Aufwertung, weil sie nun Bestandteil des zentralen Eingangsbereichs wurden.

Das weckte die Neugier der Schülerinnen und Schüler. Das Forschungsprojekt bot ihnen den Anlaß, mit den beiden Künstlern Kontakt aufzunehmen. Im Mai 2009 durfte die Klasse Axel Schulz in seinem Wohnhaus und seinem Atelier in Schwedt besuchen. Er zeigte auf dem Weg vom Bahnhof zu seinem Refugium viele seiner Kunstwerke in seiner Stadt. Die herzli-

che Gastfreundschaft in seinem Hause und den liebevoll gedeckten Tisch mit leckerem Kuchen werden wir nicht vergessen.

Auch in unserer Stadt Eberswalde gibt es viele Kunstwerke von Axel Schulz zu bestaunen. Einige haben in den letzten Jahren einen neuen Standort erhalten. Wir wollen demnächst auf Entdeckungstour gehen und uns seine Bronzeskulpturen die »Rollschuhläuferin« (1963) im Familiengarten, die Kamelreiter (1970/71) im Eberswalder Zoo sowie die Frauenfigur »Schwebende Pracht« (1970) im Park an der Potsdamer Allee ansehen. Besonders freuen wir uns, daß kürzlich auch der 1978 entstandene »Neptun« an seinem alten Standort am Weidendamm wieder aufgestellt wurde.

ANITA HÄNEL und Klasse 9H,
Karl-Sellheim-Schule, Eberswalde

Schirmer-Ausstellung Malfreuden

Eberswalde (prest-ew). Die neue Ausstellung des bekannten Finower Malers Peter Schirmer mit 31 Aquarellen und zwei Pastellen ist seit Ende März im Eberswalder Rathaus, Foyer des 1. Obergeschosses, zu sehen. Bis zum 4. Mai motivieren dann die Finowkanal-Ansichten ganz sicher die Besucher, sich der ältesten noch befahrbaren künstlichen Wasserstraße in der BRD zu widmen.

Per Rad oder per Pedes ist der Treidelweg entlang des Finowkanals zu jeder Jahreszeit beliebt. Gilt es doch, alte Industrieanlagen genauso zu entdecken, wie die Natur mit Fauna und Flora.

Das ist es auch, was den 71-jährigen Hobby-maler so fasziniert. Der Finowkanal ist deshalb Lieblingsthema für seine Bilder, die zu allen Jahreszeiten überwiegend vor Ort gemalt wurden.

Nach ungezählten Ausstellungen in der Stadt, der Region, aber auch in Polen, Tschechien und in Amsterdam präsentiert der Autodidakt seine Bilder nun im Zentrum seiner Heimatstadt – und arbeitet gleichzeitig schon an einer Personalausstellung des Kunstverein »Die Mühle« e.V., die am 1. Mai in der Zainhammermühle eröffnet wird.

Bernau (bm). Noch bis zum 27. April präsentiert die Seniorin Elke Herer im Bernauer Bürgerzentrum DIE LINKE, Berliner Str. 17 ihre Ausstellung »Malfreuden«. Während der Vernissage, zu der die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann eingeladen hatte, erzählte Elke Herer, wie sie, nach dem Ausscheiden aus dem Berliner Abgeordnetenhaus, vor fünf Jahren mit dem Malen und Zeichnen begann. Von einer Freundin war sie zum Malkurs mitgenommen worden und sollte gleich mitmachen. Es wurde ein anspruchsvoller Ausgleich zu ihren vielen anderen gesellschaftlichen Tätigkeiten.

Herer gestaltete 2010 die erste eigene Einzelausstellung. Während sie zu Beginn nur Aquarellbilder ausstellte, ist ihr Repertoire inzwischen reichhaltiger geworden. Herer zeigt Arbeiten in vielen verschiedenen Techniken, vor allem Aquarelle, auch eine Landschaft in Pastellkreide, das Gestalten mit Wellpappe (blaue Skyline), eine Arbeit in Foliendruck und auch ein Bild in Acryl. Bei den Arbeiten in Abklatschtechnik (Moorlauge mit Acryl) sollte der Betrachter seiner Fantasie freien Lauf lassen. Die Ausstellung kann immer montags, dienstags, donnerstags und freitags in der Zeit von 9 bis 17 Uhr besichtigt werden.

Stadtlauffotos

Eberswalde (prest-ew). Seit Ende März sind im Optikerladen »hoffmann & ewert« (Eisenbahnstraße 72) Stadtlauffotos vom »Ironman« Petko Beier zu sehen. René Hoffmann und Matthias Ewert hatten einst die Idee für den Eberswalder Stadtlauf und werden ihn gemeinsam mit weiteren Unternehmen im »Partner für Gesundheit« e.V. in diesem Jahr bereits zum sechstenmal organisieren.

Bevor am 2. September wieder über 1.000 Läuferinnen und Läufer aller Altersgruppen an den Start gehen für eine gute Sache und natürlich die eigene Gesundheit, gibt es einen anregenden Blick zurück – auf den Stadtlauf 2011.

Diesen Blick hatte der Potsdamer Sportfotograf Petko Beier. Er wiederum kennt sich bestens aus im Sport, speziell beim Triathlon. Selbst den spektakulären Wettkampf um den Ironman hat er bewältigt, nicht als Fotograf, sondern als Sportler. Die Fotos sind während der Öffnungszeiten noch bis zum 20. April zu sehen. Wieder ein Stück »Kunst trifft Wirtschaft« in der Eisenbahnstraße von Eberswalde.

Infos zum Stadtlauf unter www.barnimpilot.de

Gemeinschaftsgarten:

Jetzt geht es los

Eberswalde (bbp). Am Freitag, den 20. April, geht es los. Um 18 Uhr treffen sich die Initiatoren mit ersten Gartenfreunde im Schulgarten an der Beeskower Straße, um das Gelände zu inspizieren und erste Arbeiten zu besprechen. Gleich am nächsten Tag, Sonnabend, den 21. April, ist um 11 Uhr ein Folgetreffen angesagt, um gleich loszulegen, aber auch, um jenen Interessenten die Teilnahme zu ermöglichen, die am Vortag verhindert sind.

Der Gemeinschaftsgarten beginnt unter erschwerten Bedingungen. Kurzfristig teilte die Stadtverwaltung der Initiative mit, daß die geplante Fläche auf dem Gelände der einstigen Albert-Einstein-Oberschule erst ab 2014 zur Verfügung steht. Hilfe bekamen die Gemeinschaftsgartenfreunde durch den ALNUS e.V., der einen Teil des Schulgartens in der Beeskower Straße, zwischen den Studentenwohnungen und dem AWO-Pflegeheim bewirtschaftet. Auch hier steht noch alles am Anfang, so daß sich Möglichkeiten für eine Zwischenlösung für beide Initiativen finden.

Auf der Informationsveranstaltung am 27. März hatten sich fünf Interessenten gemeldet, darunter Jenny Wörpel vom Eltern-Kind-Zentrum in der Kita Arche Noah, wo sich gleich mehrere Eltern für eine Mitarbeit im Gemeinschaftsgarten aufgeschlossen zeigten.

Redaktion und Verein der »Barnimer Bürgerpost« wünschen allen Leserinnen und Lesern ein erholsames und FROHES OSTERFEST

Martin Satka

22.11.1928 – 12.03.2012

Plötzlich bist Du nicht mehr. Eine schmerzliche Lücke bleibt. Warst von Beginn an dabei, treu auch in widrigen Zeiten. Als immer zuverlässiger Verteiler der »Barnimer Bürgerpost« in Finow. Zuweilen auch als Schreibender.

Der Abschied fällt schwer. Gute Seele, Freund, Kampfgefährte.

Dr. MANFRED PFAFF, Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.
GERD MARKMANN, Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Anzeige

Nachruf

Mit Betroffenheit erfuhren wir vom Ableben eines aufrechten Sozialisten, der über viele Jahre das Hans-Ammon-Werk in Britz geleitet und es zu einem international anerkannten metallurgischen Betrieb entwickelt hat.

In einer mehrbändigen Schrift hat er über sein Leben und 45 Jahre Arbeit in Gießereibetrieben der DDR ein lesenswertes Material für die Nachwelt geschaffen, in welchem sein aufrechter Gang für eine sozialistische Gesellschaft mit viel persönlichem Einsatz geschildert wird.

Hellmut Friedrich

geb.04.09.1920

hat am 21.03.2012 die Augen für immer geschlossen.

Wir werden sein Andenken in uns bewahren.

Basisgruppe der DKP Oberbarnim/Eberswalde

Völkerball-Turnier der Toleranz No. II

Am 28. April veranstalten die Zonenboys Eberswalde und der Underground Pokerclub zum zweitenmal das Eberswalder Völkerball-Turnier der Toleranz. Bis zu 24 Mannschaften haben die Möglichkeit, um den begehrten Wanderpokal zu kämpfen und für ein tolerantes Eberswalde zu werben.

Ein Team besteht aus mindestens 6 Personen, egal welchen Alters und Geschlechts. Erstmals ist es auch Einzelpersonen möglich, sich beim Turnier anzumelden. Sobald sechs Anmeldungen vorliegen, werden sie zu einem »Pickup Team« zusammengeführt. So kann wirklich jeder teilnehmen.

Ebenfalls zum erstenmal werden Pokale in den Kategorien: Lustigst gekleidetes Team, bestes PartyTeam und in der Kategorie Fairplay

vergeben. Auch neben den sportlichen Wettkämpfen wird den Besuchern und Sportlern viel geboten werden. Vor allem auf die Kleinen wartet eine Menge Spaß. Vom Kinderschminken bis zur Mini-Olympiade wird besonders ihnen viel geboten werden.

Für die Versorgung wird wieder einmal die »Zonenboys Grillbude« sorgen, diesmal wieder mit Eberswaldes »schärfster« Bratwurst.

Interessierte Teams und Einzelsportler können sich noch bis zum 21. April per eMail an zonenboys@freenet.de, per Telefon unter 0174/8602404 oder über die Facebook-Gruppe: 2. Eberswalder Völkerball-Turnier der Toleranz anmelden. Die Teilnahmegebühr beträgt dabei 5 Euro pro Person.

MIRKO WOLFGRAMM

Stille Kranzniederlegung

Eberswalde (prest-ew). Im Gedenken an die beiden vor 46 Jahren verunglückten Piloten Boris Kapustin und Juri Janow findet am 6. April, 10 Uhr, auf dem sowjetischen Garnisonfriedhof in Westend eine stille Kranzniederlegung statt. Die beiden waren auf dem Flugplatz Finow stationiert. Am 6. April 1966 ließen sie ihren defekten Kampfflieger nicht in Westberlin abstürzen, sondern steuerten für eine Notlandung einen See an. Sie verhinderten eine Katastrophe, opferten dabei aber ihr Leben. Die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft lädt dazu ein. Friedhofsleiterin Edeltraud Schröder legt für die Stadtverwaltung ein Blumengebinde nieder.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telex: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Hänel, Markmann (2), Mroß, Schnabel, Triller, ver.di UM/BAR (2)

drucker: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 29. März 2012

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 26.4.2012, 12 Uhr.